

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Der „freie Westen“ verspricht der Ukraine zur Demokratie zu verhelfen: Solana, Juschtschenko, Kwasniewski:
Gruppenbild nach „Rundem Tisch“ – ohne Janukowitsch

- ***Die Ukraine nach den Wahlen: Eine brandgefährliche Krise – Seite 4***
- ***Aufregung über den Euro-Dollar-Kurs – Seite 7***
- ***Skandalöse Behandlung von Arbeitslosen und staatlich gefördertes Lohndumping: „Hamburger Arbeit“ und Ein-Euro Jobs – Seite 12***
- ***DGB übergibt 750.000 Unterschriften an Thierse: Arbeitnehmerbegehren zu Ende – Seite 15***
- ***„Leitkultur“ und „Parallelgesellschaft“ contra „Multikulti“ – Seite 19***

Ausgabe Nr. 25 am 3. Dezember 2004, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialababo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialababo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Abschiebung wegen ALG II?

www.bundesrat.de. 26.11. alk. Der Bundesrat möchte die Ausweisungsgründe auf den Bezug von ALG II ausgedehnt wissen. Die Regierungskoalition hat ein Gesetzespaket zur Anpassung ausländerrechtlicher Regelungen an Hartz IV vorgelegt, das der Bundestag am 11. November beschlossen hat. Der Bundesrat moniert nun, dass im Aufenthaltsgesetz der § 55, Abs. 2 Nr. 6 unverändert geblieben sei: die sogenannte Ermessensausweisung bei Ausländern, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Der Bundesrat verlangt u.a. deswegen eine Anrufung des Vermittlungsausschusses. Die Unionsmehrheit will die Ermessensausweisung auch auf den Bezug von ALG II ausgedehnt wissen.

In dem Beschluss des Bundesrats (Drs 918/04) heißt es: „Das Änderungsgesetz korrigiert in mehreren Vorschriften den Begriff der „Sozialhilfe“ und stellt klar, dass es um „Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches“ geht, weil das Arbeitslosengeld II künftig in großem Umfang an die Stelle der Sozialhilfe treten wird. Für den Bereich der Ermessensausweisung ist dies ohne ersichtlichen Grund unterblieben. Es besteht die Gefahr einer Auslegung, wonach der Bezug von Arbeitslosengeld II keinen Ausweisungsgrund darstellen soll. Schon aus Gründen der Signalwirkung ist klarzustellen, dass auch Leistungsbezug nach SGB II einen Ausweisungsgrund darstellt.“

Das wäre für langzeitarbeitslose Ausländer eine bedeutende Verschlechterung gegenüber jetzt; denn der Bezug von Arbeitslosenhilfe wurde als Bezug von Versicherungsleistungen betrachtet und nicht als Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung, die ein Ausweisungsgrund sein kann. Diese Regelung betrifft alle Ausländer, auch EU-Ausländer! Ermessensausweisung heisst zwar, dass die Behörden die Aufenthaltsdauer, die Integration usw. berücksichtigen sollen, in der Praxis ist die Wirkung aber doppelt: Nicht wenige sind betroffen, andere werden eingeschüchtert und beantragen dann z.B. keine Leistung bei der Stadt. Zur Illustration: Auf eine Anfrage der PDS-Gemeinderätin in Stuttgart bestätigte die Ausländerbehörde, dass sie 1999 2.204 Ausländer im Sozialhilfebezug überprüft habe, in 1.250 Fällen kam es zu einer Anhörung, in 123 Fällen erging eine Ausreiseaufforderung, 216 Personen sind von sich aus verzogen. Und wie die Ausländerbehörde zynisch schreibt: „811 Ausländer haben unter dem Eindruck der drohenden Aufenthaltsbestrafung und nach eingehender Beratung eine Arbeitsstelle angenommen.“ Bei den Langzeitarbeitslosen ist der Anteil

von Ausländern aus bekannten Gründen überdurchschnittlich. Es handelt sich also durchaus um keine Kleinigkeit, was die Unionsländer da noch durchboxen wollen, und zu befürchten ist, dass Rot-Grün nachgibt.

Patrioten in Anzug

faz. 28.11. maf. Der Parteitag der CDU am 8.12. wird versuchen, die Union als „Partei deutscher Interessen“ darzustellen. A. Merkel, die zur Wiederwahl ansteht, plane eine Debatte über Patriotismus, die im Rahmen der Diskussion über die Integration von Einwanderern geführt werden solle. Sie erwäge nach Informationen der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (F.A.S.) einen Initiativantrag zum Thema Integration, der das Thema Patriotismus enthält. Besonders solle auf dem Parteitag nicht über Vaterlandsliebe debattiert werden. Der hessische Ministerpräsident und CDU-Vorsitzende Koch erläuterte weiter: „Wir als Union müssen klarmachen, wie wir in Zukunft die vielen verschiedenen Identitäten in Deutschland zusammenhalten wollen.“ Eine Patriotismusdebatte sei „dringend nötig und hat nichts mit rechter Ecke zu tun“, sagte Koch. „Wir brauchen Patriotismus nicht zur Abgrenzung, sondern zur Einbindung von Migranten. Das Volk muss zusammenhalten, auch mit denen, die neu hinzukommen. Die Deutschen dürfen nicht zusammenrücken gegen die Zuwanderer.“ Aus Bayern kommt das Vorhaben, Migranten vor Zulassung zur deutschen Staatsbürgerschaft einen Eid auf das Grundgesetz abzufordern. Die hinterhältige Absicht ist, Migranten zu einer Absage an ihre Kultur zu zwingen. Diese Art von „Integration“ ist die aus der deutschen Kulturgeschichte überaus bekannte Assimilation, an die das Vernichtungsdenken der Nazis ohne Mühe anzuschließen vermochte.

EU-Mindeststandards zur Integration beschlossen

NZZ, 23.11. scc. Die EU-Innen- und Justizminister haben sich auf 11 Grundsätze zur Integration von Einwanderern verständigt. Das Papier schreibt zum einen Anforderungen an die Migranten fest: So hätten sie die jeweilige Sprache zu lernen und müssten sich Kenntnisse über die Geschichte und Institutionen des neuen Heimatlandes aneignen und die „EU-Werte“ anzuerkennen. Die EU-Staaten hätten dafür zu sorgen, dass unterschiedliche Traditionen nicht verhinderten, dass jeder Einwanderer seine Grundrechte wahrnehmen könne. Ausdrücklich erwähnt werden in diesem Zusammenhang die Grundrechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Gleichzeitig werden als Mindeststandards zur Integration auch der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zu demokratischer Beteiligung zumindest auf kommunaler Ebene genannt. Allerdings soll die Umsetzung den Mitgliedstaaten überlassen bleiben. Dennoch könnten die Mindeststandards einen neuen Anlauf für das (kommunale) Wahlrecht von Einwanderern erleichtern.

Richterliche Erziehungsoffensive

Deutscher Richterbund, NRW, 19.11. scc. Der Deutsche Richterbund – NRW – fordert eine „Erziehungsoffensive“. Als Grund nennt er einen seit 35 Jahren in Phasen verlaufenden Anstieg der Kriminalität, davon seien Kinder und Jugendliche in besonderer Weise erfasst. Zwar sehen die Richter den Grund dafür vor allem in „gesellschaftlichen Verwerfungen“, aber alles in allem fordern sie vor allem solche Konsequenzen, die die staatliche Kontrolle von Kindern und Jugendlichen verstärken und die Repression gegenüber abweichendem Verhalten verstärken, getreu dem Motto, das Erziehen mit Zucht zusammenhängt. Zur „Erziehungsoffensive“ soll neben der Ausweitung des Betreuungsangebots für Kinder bis 14 Jahre und der Ausweitung der Aufgaben der Kindergärten – die nach Ansicht der Richter gebührenfrei sein sollten – u.a. auch gehören: Stärkung schulischer Ordnungsmaßnahmen (z.B. Verkürzung der Ferien; gegen Schulausschlüsse allerdings sprechen sich die Richter aus), Vernetzung von Jugendämtern, Erziehungsberatungsstellen, Polizei, Staatsanwaltschaft, Familien- und Jugendgerichten, Ausweitung geschlossener Heime. Außerdem verlangen die Richter zusätzlich zur „Erziehungsoffensive“ die volle Ausschöpfung des Jugendgerichtsgesetzes und punktuelle Maßnahmen zu seiner Verschärfung. So soll das Jugendrecht nur noch im Ausnahmefall auf Heranwachsende Anwendung finden. Der Katalog der Sanktionen soll ausgeweitet werden, z.B. um ein Fahrverbot. Das gesetzliche Verbot, neben Jugendstrafe „Zuchtmittel“ anordnen zu können, soll aufgehoben werden u.a.m.

LKW-Maut kann starten

Handelsblatt, 25.11.2004 (rül). Die LKW-Maut kann nun im zweiten Anlauf offenbar wie geplant zum 1. Januar 2005 starten. Verkehrsminister Stolpe berichtete am 24.11. dem Verkehrsausschuss des Bundestages über die Zwischenergebnisse des noch bis Ende November laufenden Probetreibs, und nach dem Bericht scheinen nun auch die Oppositionsparteien mit einem Start der Maut zu rechnen. 12,4 Cent pro Kilometer sollen dann LKWs ab 12 Ton-



Korrekturen zäh und stückweise

Parität. 2.11. alk. Jetzt hat mit der AOK Niedersachsen die erste gesetzliche Krankenkasse erklärt, dass sie bei Obdachlosen auf die 10 Euro Praxisgebühr verzichtet. Obdachlose Menschen, die trotz oft schlechten gesundheitlichen Zustands eine große Scheu vor Arztbesuchen haben, wurden damit noch zusätzlich abgeschreckt. Somit hat es fast ein Jahr gedauert, bis ein erster vorsichtiger Schritt gemacht wird, eine Übertreibung und Unge rechtigkeit aus der Gesundheitsreform zu beseitigen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert jetzt die anderen Krankenkassen auf, dem Beispiel der AOK Niedersachsen zu folgen.

Bild: Armenspeisung vor dem Kölner Dom, Januar 2004

nen durchschnittlich pro Kilometer Autobahnnutzung zahlen. Der Bund erhofft sich davon Einnahmen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro, die Bahn AG, deren Frachtverkehr kaum Erträge abwirft, auf eine Verbesserung ihrer Rendite durch Verlagerungen auf den Bahnweg. Knapp 200.000 LKW haben derzeit bereits einen Maut-Bordcomputer eingebaut, berichtet die Regierung. 300.000 sollen bis Jahresende erreicht werden. Ursprünglich war mit 500.000 Bordcomputern gerechnet worden. Insbesondere französische LKW-Unternehmen sollen bisher sehr zögerlich beim Einbau der Computer gewesen sei, so dass zum Jahresbeginn an der deutsch-französischen Grenze mit Staus und Problemen bei der manuellen Mautabrechnung gerechnet wird. Alle Versuche, die Maut zu prellen, sollten teuer bezahlt werden, verkündete Stolpe gleich mit. Wer erwischt werde, müsse zusätzlich zur Maut ein Bußgeld zahlen, das im Wiederholungsfall auf bis zu 20.000 Euro steigen könne.

Ein Euro-Jobs verdrängen Stellen

Berliner Zeitung, 25.11.2004 (rül). Die von Gewerkschaften und Handwerkskammern schon länger befürchtete Verdrängung von regulären Jobs durch die neuen „Ein-Euro-Jobs“ wird jetzt erstmals auch von der Bundesregierung eingeraumt. In einem Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums an den Bundesinnungsverband des Gebäude reiniger-Handwerks betont Staatssekretär Rudolf Anzinger: „Ich teile Ihre Befürchtungen zu möglicherweise angedachten Arbeitsgelegenheiten im Reinigungsgewerbe.“ Die Innung hatte in einem Schreiben Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und Wirtschaftsmin

nister Wolfgang Clement befürchtet, die Förderung der Ein-Euro-Jobs werde reguläre Jobs in ihrem Bereich verdrängen.

„Nach meiner Einschätzung liegen Reinigungsleistungen regelmäßig nicht im öffentlichen Interesse“, erklärt nun der Staatssekretär in seiner Antwort für beide Ministerien an den Verband.

Der Staatssekretär sollte sich mal bei den Kommunen und Ländern erkunden, wie diese vorgehen. Die Reinigung von Kitas, Schulen („Hausmeister weg? Kein Problem: Wir stellen einen Ein-Euro-Jobber ein!“) und anderen öffentlichen Einrichtungen ist in Berlin – und sicher nicht nur da – schon Praxis. Der Berliner Bildungssenator will sogar für Sprachkurse in Schulen und in den Bibliotheken Ein-Euro-Jobber einstellen. In anderen Kommunen und Ländern, bei denen das Geld klamm ist, wird das nicht anders sein.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks fordert deshalb von der Regierung, die Ein-Euro-Jobs sofort zu stoppen. Allein in diesem Jahr verlieren das Handwerk wegen der konjunkturellen Situation 178.000 Arbeitsplätze. Die Förderung von Ein-Euro-Jobs in handwerksnahen Bereichen werde zu den bekannten „Drehtür-Effekten“ führen – reguläre Arbeitskräfte würden entlassen, Ein-Euro-Jobber eingestellt. In Berlin wachsen deshalb auch in Handwerkskreisen die Begehrlichkeiten – entgegen der Linie des Zentralverbands. Eine vom Senat geplante gemeinsame Erklärung von Senat, Kammern und Gewerkschaften zur Handhabung von Ein-Euro-Jobs kam deshalb wegen Protesten der Gewerkschaften gegen die Praktiken des Bildungssenators und die Begehrlichkeiten des Handwerks nicht zustande.

Eine brandgefährliche Krise

Zur Stunde, in der dieser Artikel geschrieben wird, sind die Ereignisse in der Ukraine weiter im Fluss. Das Oberste Gericht tagt und prüft die Klage der Opposition gegen das offizielle Wahlergebnis in den acht Stimmbezirken im Osten und Süden der Ukraine, in denen Janukowitsch eine überwältigende Mehrheit erzielte. Es gilt als wahrscheinlich, dass das Urteil den Weg zu Neuwahlen bereitet. Auch der amtierende Präsident Kutschma hat inzwischen für Neuwahlen plädiert, als einzige Möglichkeit, die Krise friedlich zu lösen. Der russische Präsident Putin erklärte unterdessen, dass das Ergebnis einer Wahlwiederholung, die auf der Basis der ukrainischen Verfassung stattfindet und den politischen Willen des ukrainischen Volkes widerspiegelt, strikt zu respektieren sei. Auch Janukowitsch, der amtierende Ministerpräsident und laut Wahlkommission „Sieger“ der Präsidentschaftswahlen, verabschiedet sich der Forderung nach Neuwahlen nicht mehr. Der Oppositionsblock will durch seine Klage vor dem Obersten Gericht einerseits Neuwahlen erreichen, agiert aber andererseits äußerst zweideutig. So hat er für heute eine Parlamentssitzung anberaumt, auf der die Oppositionsfaktion „Unsere Ukraine“ ursprünglich zusammen mit Kommunisten und Sozialisten der Regierung das Misstrauen aussprechen will (ntv, 30.11.). Die FAZ (30.11.) schreibt zu den Zielsetzungen: „Eines der Szenarien, die im Gespräch sind, sieht vor, Juschtschenko (den Oppositionsführer – d.Verf.) zum Ministerpräsidenten zu wählen und Kutschma zum Rücktritt zu veranlassen. Juschtschenko würde als Regierungschef dann die Geschäfts des Staatsoberhauptes führen und Neuwahlen ausschreiben ... Hinzu kommt, dass starke Kräfte versuchen, jetzt schnell noch die lange geplante Verfassungsreform zu verabschieden, die eine Schwächung des Präsidentenamtes vorsieht und eine Stärkung der Regierung und des Parlaments.“ Indes melden russische Nachrichtenagenturen um 15.00 Uhr, dass der Antrag gescheitert ist, weil Kommunisten und Sozialisten einem Alternativantrag zustimmen.

Die Bestrebungen starker Kräfte im Osten und Süden des Landes, noch Anfang Dezember einen Volksentscheid für eine weitreichende Autonomie des russisch-sprachigen Landesteils durchzuführen, scheinen zumindest für den Augenblick zurückgestellt: Das Parlament

in der Donezk-Region verschob seine ebenfalls für heute geplante Dringlichkeitssitzung, der Gouverneur reiste zu Gesprächen nach Kiew.

Das ist der Stand am frühen Nachmittag des 30. November.

Eine kurze Chronologie

Die Stichwahlen waren nötig geworden, weil im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 31.10. der Regierungskandidat Janukowitsch und Oppositionsführer Juschtschenko nahezu gleichauf lagen, letzterer mit einem Vorsprung von ca. 0,8%.

Noch am Abend des 21.11., dem Tag der Stichwahlen, bevor die staatliche Wahlkommission ein vorläufiges Ergebnis bekannt gab, erklärt sich der Oppositionskandidat Juschtschenko zum Sieger der Stichwahl: „Wir haben gewonnen. Punkt.“ (NZZ, 22.11.) Die Opposition macht geltend, dass Juschtschenko bei Nachwahlbefragungen deutlich – mit zwischen 3 und 11% Vorsprung – vorne gelegen habe. Auf das vorläufige amtliche Ergebnis, das dagegen Janukowitsch einen 3%-Vorsprung zuschreibt, reagiert sie am 22.11. mit einem Aufruf zu Massendemonstrationen. Diesem Aufruf folgen allein in Kiew viele Zehntausend, Hundert-, vielleicht Zweihunderttausend. Der Stadtrat von Kiew weigerte sich, das – immer noch vorläufige – Ergebnis anzuerkennen, die

Stadträte von Lwiw und Jiwano-Frankiwsk, tags darauf auch von Winnyzia, Luzk und Chmelnytski erklären sogar den Oppositionskandidaten Juschtschenko zum Sieger. Dieser ruft sich am 23.11. im (nicht beschlussfähigen) ukrainischen Parlament zum Präsidenten aus und legt einen „Amtseid“ auf die Bibel ab. Dagegen gratuliert der russische Präsident Putin Janukowitsch zum „Wahlerfolg“. Auch an diesem Tag und den darauf folgenden versammeln sich wieder an die Hunderttausend Oppositionsanhänger zu Massendemonstrationen. In Kiew entsteht quasi aus dem Nichts eine Zeltstadt, in der Tausende Demonstranten aus anderen Orten Unterkunft und Verpflegung finden.

Der in Kiew lebende Schriftsteller Andrij Bondar schreibt in der FAZ (24.11.): „Derart schmutzige und grausame Wahlen hat die Ukraine in ihrer Geschichte noch nicht erlebt. (...) Das Kutschma-Regime hat ein Verbrechen gegen das ukrainische Volk begangen, indem es die Willenserklärung der Bürger massiv verfälscht hat.“ Die OSZE,

die wie schon zum 1. Wahlgang Beobachter entsandt hatte, zweifelt das Ergebnis an. Der Wahlgang widerspreche „einer beträchtlichen Zahl von Kriterien der OSZE, des Europarats und anderen europäischen Normen für eine demokratische Wahl“, so der Chef der Beobachter-Mission. Z.B. seien Beamte „auf organisierten Basis“ gezwungen worden, ihre Wahlzettel den Vorgesetzten abzugeben, die Einschüchterung von Wählern durch die Polizei wird kritisiert, auch ist von Wahltourismus und anderen Fälschungen die Rede. (Faz-Net, 24.11.) Ungeachtet aller Kritik und der nicht abreißenden Massendemonstrationen teilt die staatliche Wahlkommission am 24.11. das „offizielle Endergebnis“ mit und erklärt Janukowitsch, der die östlichen und südlichen Stimmbezirke gewonnen hat, mit 49,46% gegenüber 46,61% für Juschtschenko, der im Westen die Mehrheit errang, zum Sieger. Die EU – sie hatte inzwischen einen Sondergesandten nach Kiew entsandt – und die USA erklären postwendend, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Sie werfen Russland massive Einmischung vor. (Tagespresse am 25.11.)



Die Opposition eskaliert. Mit EU und USA im Rücken ruft Juschtschenko noch am 24.11. zum Generalstreik auf. Aus den auffallend spärlichen Berichten über dessen Verlauf ergibt sich der Eindruck, dass vor allem Schüler und Studenten im westlichen Landesteil, an einigen Orten Lehrer und in Kiew die Beschäftigten der größten Druckerei dem Aufruf folgten. Am 25.11. verbietet das von der Opposition angerufene Oberste Gericht vorläufig die amtliche Veröffentlichung des von der Wahlkommission verkündeten Ergebnisses. Am 26.11. beginnen die Oppositionsanhänger mit der Blockade von Regierungsgebäuden, die die Arbeit der Regierung lahm legt; die Blockade wird bis zum 30.11. aufrecht erhalten. Der noch amtierende Präsident Kutschma lädt Juschtschenko und Janukowitsch zu einem „Runden Tisch“ ein, der unter „Vermittlung“ des designierten EU-Außenministers Solana und der Staatschefs von Polen und Litauen, Kwasniewski und Adamkus, stattfindet und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Lö-

sung des Konflikts beschließt. Am selben Abend noch formuliert Oppositionsführer Juschtschenko ultimativ sechs Bedingungen für Neuwahlen, u.a. die Durchführung am 12.12., eine neue Wahlkommission und eine Änderung des Wahlgesetzes. Die Opposition hat ihre ursprüngliche Forderung, Juschtschenko zum Sieger zu erklären, trotz ihrer Zustimmung zu Neuwahlen augenscheinlich nicht aufgegeben. In den letzten Tagen hat Juschtschenko wiederholt gefordert, auf Grundlage des 1. Wahlganges zum Wahlsieger erklärt zu werden (russland-online, 29.11.)

Am 27.11. stimmt das Parlament – ohne verfassungsrechtliche Grundlage – mit Mehrheit, d.h. auch mit Stimmen aus den Regierungsfraktionen, für die Annulierung der Wahlen und Neuwahlen. Die von Kutschma und Janukowitsch repräsentierte Macht scheint zu erodieren. Immer mehr Sicherheitskräfte, darunter hohe Offiziere, Diplomaten, auch Minister und andere führende Parteigänger distanzieren sich und schließen sich der Forderung nach Neuwahlen an. Doch gleichzeitig nimmt der Konflikt eine andere Wendung. In der Schwarzmeermetropole demonstrieren Tausende für die Lostrennung von der Ukraine; sie fordern eine Versammlung von Vertretern der Regionen der Süd- und Ostukraine, um über die Schaffung eines unabhängigen „Territoriums Neues Russland“ zu beraten. Bürgermeister aus dem ostukrainischen Industriegebiet. Donezk verabschieden eine ähnliche Erklärung. (AFP, 27.11.) Am 28.11. dann beschloss der Gesamtukrainische Kongress der Kommunalverwaltungen – 3.500 Kommunalpolitiker, die 17 Gebiete im Osten und Süden repräsentierten –, ein Referendum über die Gründung einer so genannten Südostlichen Republik abzuhalten, falls Janukowitsch nicht als neuer Präsident anerkannt wird.

Wahlfälschung und Destruktion

Es gibt wohl keinen ernsthaften Zweifel, dass die Wahlen durch Behinderung der Opposition vor allem im Wahlkampf, durch Einschüchterung und Beeinflussung von Wählern und womöglich auch durch direkte Fälschung verfälscht und damit die freie Entscheidung des Souveräns auf schwerwiegen- de Weise beschädigt wurde. Zweifel sind allerdings angebracht, ob die Manipulationen ausschließlich von Seiten des herrschenden Blocks ausgingen. Inzwischen macht nämlich die britische Helsinki Human Rights Group (BHHRG) publik, dass sich auch die Opposition unrechtmäßiger Methoden von Beeinflussung und Einschüchterung bediente. So hätten sich ihre Wahlbeobachter z.B. regelmäßig unmittelbar an den – auf Veranlassung der OSZE durchsichtigen – Wahlurnen platziert. Im Westen der Ukraine – hier errang Juschtschenko

ebenso unwahrscheinlich hohe 90% wie Janukowitsch im Osten – habe es signifikante Vorfälle von Manipulation durch Anhänger der Opposition gegeben (u.a. Telepolis, 30.11., Einseitiger Blick auf die Ukraine?). Am meisten – nur auf den ersten Blick paradox – scheinen unter allen ukrainischen Akteuren die Führer der Opposition die Wiederholung der Wahlen zu scheuen, die die Beschädigung der inneren Souveränität doch am ehesten heilen könnten.

Die wie meist eher nüchterne Neue Zürcher (28.11.) weist darauf hin: „... selbst wenn es zu einer baldigen Wiederholung der Präsidentschaftswahl kommt, steht der Oppositionskandidat Juschtschenko nicht fraglos und automatisch als Sieger fest ... Denn es darf bei aller Sympathie und Begeisterung für die Geburt einer mutigen, einsatzfreudigen Bürgergesellschaft nicht übersehen werden, dass ein bedeutender Teil der rund 48 Millionen Ukrainer – vor allem im mehrheitlich russischsprachigen Osten des Landes – offenbar einigermaßen überzeugt hinter dem Regierungskandidaten Janukowitsch und seiner im Wahlkampf aufdringlich demonstrierten Anlehnung an den großen Nachbarn Russland steht.“

Die Auseinandersetzung um die Wahl hat die tiefe Spaltung des Landes deutlich gemacht. Die kulturelle Spaltung – im Osten wird überwiegend russisch, in der Zentralukraine und im Westen ukrainisch gesprochen – wird durch eine wirtschaftsgeografische Spaltung verstärkt. Im Osten vor allem und z.T. im Süden befindet sich die Schwerindustrie, die eng auf die russische Wirtschaft ausgerichtet ist und traditionell eine starke Affinität zur Staatswirtschaft hat. Im Westen dagegen ist die wirtschaftliche Umbruchssituation viel stärker ausgeprägt. Kiew hat sich in den letzten Jahren zu einem Wachstumszentrum neuer Industrien herausgebildet, die mehr auf die EU und vor allem Deutschland ausgerichtet sind. Nach allem, was bisher bekannt ist, haben sich „Unsere Ukraine“ und verwandte Parteien einer radikalen Liberalisierung der Wirtschaft verschrieben, einem Konzept, das auf die Ausweitung des Landes hinausläuft. Ihre immer wieder eskalierende, provozierende und gegenwärtig Neuwahlen eher blockierende als fördernde Politik ist destruktiv. Sie stützt sich auf die Unterstützung auswärtiger Mächte, der USA und zunehmend der EU, darunter vor allem Polens und Deutschland, und bereitet weiterer Einmischung den Boden. So hat die Opposition Deutschland, ausgerechnet Deutschland, „in diesen entscheidenden Stunden der ukrainischen Geschichte“ zu Hilfe gegen den russischen „Griff um die Ukraine“ angerufen. (ftd, 29.11.)

Wehrpflichtdebatte (Teil 1)

„Aus tiefer innerer Überzeugung“ – Struck und die Bedürfnisse des Besatzungskrieges

Nachdem die FDP und die Grünen eine Umstellung der Bundeswehr auf Zeit- und Berufssoldaten fordern und während die Union auf Fortdauer und Entwicklung der Wehrpflicht besteht, führt die SPD eine ergebnisoffene Diskussion. Für Beibehaltung ist der Verteidigungsminister, dagegen die Jusos. Zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wäre eine Zweidrittelmehrheit des Bundestags erforderlich. Die PDS weist darauf hin, dass eine solche Mehrheit nicht zu sehen ist, und schlägt deswegen die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht vor, die mit einfacher Mehrheit zu erreichen wäre. SPD und Grüne hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, ihre Haltung zu dieser Frage noch in dieser Legislaturperiode zu klären. Sollte sich die SPD gegen die Fortdauer der allgemeinen Wehrpflicht entscheiden, so wäre eine Aussetzung mit den Stimmen der PDS auch gegen einige Abweichler gegeben. Wird es dazu kommen? Und was wäre in dem Fall gewonnen?

Die Erfahrungen aus den laufenden Besatzungskriegen ...

Die Diskussion steht vor dem Hintergrund der aktuellen Erfahrungen, die Truppen der Westmächte in der Auseinandersetzung mit politisch weltweit isolierten Gegnern machen, die sie ihre technische Überlegenheit spüren lassen. Die Truppen der Westmächte siegen schnell, die in ihren Fokus geratenen politischen Strukturen werden zerstört. An deren Stelle tritt ein Besetzungsregime, das die staatlichen Ordnungsfunktionen im Besetzungsgebiet übernimmt, oft mit dem erklärten Ziel, zivile Strukturen zu schaffen, was durchgängig misslingt.

Moderne Wirtschaft basiert auf Selbststeuerung. Nur die Betroffenen selbst können den für sie alle verbindlichen angemessenen ordnungspolitischen Rahmen setzen. Eine Besatzungsmacht kann in eine solche Selbststeuerung nicht eintreten. Es fehlt ihr die Legitimation, denn sie ist notwendig privilegiert, und es fehlen ihr ganz banal auch die Informationen. Sie regiert blind und wird auch im zivilen Sektor ihres Regierungshandelns auf Spiegel, interessierte Geschäftemacher und der gleichen angewiesen sein und kaum etwas Nützliches leisten können.

Die Legitimität eines Gewaltmono-



Irak: Besatzungstruppen gegen Demonstranten

polis, und ein solches haben die Besatzer an sich gerissen, beruht auf der Fähigkeit, alle anderen Quellen von Gewalt-handeln trockenlegen zu können. Es zeigt sich, dass industrielle oder an der Schwelle der Industriegesellschaft stehende Länder außerordentlich emp-findlich sind und in ihrem Funktionie-ren nicht durch Gewalt, sondern we-sentlich durch den Konsens der Ein-wohner zusammengehalten werden. Dieser Konsens wird durch das Faktum der Besatzung beschädigt, und so kann die öffentliche Ordnung nicht gewähr-leistet werden. Das Besatzungsregime kann durch irreguläre Kriegsführung schwer getroffen und delegitimiert wer-den.

Irreguläre Kriegsführung sieht dem privaten Gewaltverbrechen zum Ver-wechslen ähnlich. Es fehlt nicht an Gräuel und Grausamkeit, oft sogar ge-zielter Opferung Unschuldiger. Schreckliche Taten, laden sie zu irriger Deutung ihrer Ursache ein. Die Besatzungsmacht sieht nur noch tatsächliche und potentielle kriminelle Täter. Sie sieht Kriminalität und damit einen Fall für die Polizei.

Konsequent entwickelt sich aus der Situation des Besatzungskrieges die Forderung, die Kampftruppen, die mili-tärische Überlegenheit sichern, zu ergänzen durch Polizeitruppen.*

In einer modern geordneten Gesell-schaft ist die Polizei ein Mittel der Jus-tiz, es geht um die Geltung der Gesetze. Polizeitätigkeit in diesem Sinne kann sich nur auf Grundlage eines ausgebau-teten Rechtssystems entwickeln.

Besetzungsregimes sind aber genau dazu nicht in der Lage: Sie können ei-ner Bevölkerung nicht ersatzweise an-gemessene Gesetze geben. Dies könnte nur in Akten von (mehr oder weniger ge-störter) Selbstbestimmung geschehen.

Der Einsatz von fremder Polizei in ei-nem Besatzungsgebiet muss deswegen als eine doppelte Perversion begriffen werden. Es ist eine militärische Per-ver-sion, weil sie – anders als im Krieg – nicht von dem Recht des Gegners auf Gegenwehr ausgeht, sondern schon in dieser ein Verbrechen sieht. Dadurch kommt zusätzliche Härte in die militä-rische Auseinandersetzung. Es ist eine Perversion des polizeilichen Handelns, weil dessen Bindung in und Zügelung durch die Rechtsordnung ganz wegfällt.

... indizieren Personalbedarf ...

In den gegenwärtigen Besatzungskrie-gen zeigt sich eine Tendenz zur quanti-tativen und qualitativen Ausdehnung. Das Besatzungsregime usurpiert das Recht, die Schaltstellen der Wirtschaft und die Kontrollpunkte der für die mo-derne Gesellschaft so wichtigen Infra-struktur zu besetzen, mindestens mit ausgewählt vertrauenswürdigen, am besten aber mit eigenem Personal. Eine bunte Mischung von Geschäftema-chern, Hilfsorganisationen usw. tritt un-ter dem Schirm der Besatzungsmacht in gesellschaftliche Funktionen des Besat-zungslandes ein und wird dadurch zum Ziel irregulärer Kampfhandlungen und grausamer Racheakte.

Die Tendenz zum Auswuchern des Be-satzungsregimes in immer mehr gesell-schaftliche Funktionen ist ein untrügli-ches Zeichen dafür, dass Besatzung sich in Eroberung transformieren will. Dass es auch anders geht, zeigt die Geschich-te des Besatzungsregimes der Anti-Hit-ler-Koalition, die eine möglichst schnel-le Entwicklung selbstorganisierten zi-vilen Lebens nicht nur anstrebt, son-dern auch erreichte. (Ganz anders hat-te sich das Hitler-Regime verhalten, das seinerseits ein Besatzungsregime gewe-sen war, in dessen Herrschaftsbereich

alle bis jetzt denkbaren Grade von Grausamkeit entwickelt und angewen-det wurden.)

... den der Markt nicht decken wird

Der quantitativ und qualitativ wach-sende Personalbedarf der Besatzungs-kriege ist verschränkt mit einem erhö-hnten Risiko für alle Art von Teilnahme an dem Besatzungsgeschehen. Die Union, besonders die CSU, zielt auf eine Aus-weitung der Verpflichtung zur Dienst-leistung ab.** Es ist nicht zu erwarten, dass das erforderliche Personal über freiwillig eingegangene, arbeitsvertrag-liche Beziehungen gewonnen werden kann. Der Staat, der sich zur Inter-vention entschlossen hatte, muss den Rück-zug planen oder auf die Bevölkerung durchgreifen. Staatsminister Struck ist „aus tiefer Überzeugung“ für die Bei-behaltung der allgemeinen Wehrpflicht, die Jusos, die den Braten riechen, sind dagegen. Wird es im Vorfeld der Bundes-tagswahlen zum Eklat kommen?

Für die Diskussion der Wehrpflicht sind die aktuellen Bedürfnisse des Ver-teidigungsministers ein wichtiger Para-meter, aber nicht der einzige. Es geht auch um die demokratische Frage, was der Staat vom Bürger abzwingen darf und darum, welche Mittel die Bürger dem BRD Staat gegenüber anderen Staaten zugestehen. maf

* Deutschlandfunk – 29. November 2004 • 07:15.
URL: [http://www.radiod.de/dlf/sendungen/
idw_dlf/325428/](http://www.radiod.de/dlf/sendungen/idw_dlf/325428/)

Clement: ... Das hört man ja immer wieder, dass die Bundeswehr bei Patrouillen in Auslands-einsätzen Polizeiaufgaben wahrnimmt. Warum kann man eigentlich für so etwas nicht den Bundesgrenzschutz mit ins Ausland nehmen – in großem Umfang eben, um solche Aufgaben wahrzunehmen, nicht zur Ausbildung der ört-lichen Polizei, sondern ...

Struck: Ja, ja, schon verstanden. (...) Die Fra-ge, ob man BGS dort einsetzen kann, ist eine Frage, die eigentlich der Bundesinnenminister beantworten muss. Es ist natürlich eine schwierige Situation, weil es nach der Geset-zeslage natürlich so ist, dass er den Bundes-grenzschutz in Deutschland, im Inneren ein-setzen kann. Da kann er Versetzungen anordnen, aber nach Afghanistan zu versetzen, da sind ihm rechtliche Hindernisse gesetzt.

Clement: Na ja, Gesetze kann man ändern.

Struck: Das kann man ändern. Ich glaube, es gibt auch Situationen, noch nicht jetzt, aber in späteren Zeiten, wo man wirklich klar sagen muss: Wir müssen mehr Polizei – Polizisten, also auch Bundespolizisten, sprich BGS –, Leute auf den Balkan schicken oder vielleicht auch nach Afghanistan, weil es mehr und mehr pol-iizeiliche Aufgaben sind.

**FAZ. 12. Oktober: CSU will Dienstpflicht statt Wehrpflicht. Der CSU-Vorstand hat am Montag einstimmig beschlossen, dass die Wehr-pflicht durch eine sicherheitspolitische Dienstpflicht ersetzt werden solle. Der Hei-matschutz sei in den vergangenen Jahren ver-nachlässigt worden, sagte der Parteivorsitzende Stoiber in München. Nach den Vorstellun-gen seiner Partei sollen junge Männer die neue Dienstpflicht bei der Bundeswehr, bei Ein-richtungen des Civil- und Katastrophenschutzes, beim Bundesgrenzschutz und bei Landes-polizeibehörden ableisten.

Aufregung über den Euro-Dollar-Kurs

Im Hintergrund winken niedrige Zinsen und (relativ) niedrige Ölpreise

Der sinkende Kurs des Dollars gegenüber dem Euro beschäftigt die Politik und Wirtschaft. Ende November lag der Kurs des Euro gegenüber dem Dollar um fast 40% höher als 2001. Auch der Kurs des japanischen Yens gegenüber dem Euro ist gefallen. Verglichen mit 2001 liegt er heute um fast 24% niedriger.



Sinkende Renditen im US-Export

Ein steigender Kurs des Euro gegenüber diesen Währungen bedeutet, dass die Rendite im Exportgeschäft mit dem Dollarraum (und auch mit Japan) sinkt. Ein VW, der im Jahr 2001 ab Werk in Wolfsburg für beispielsweise 15.000 Euro in die USA geliefert wurde, kostete dort damals bei einem Dollarkurs von 0,90 Dollar je Euro umgerechnet 13.500 Dollar. Heute, bei einem Kurs von 1,30 Dollar je Euro, müsste ein US-Händler 19.500 Dollar hinlegen, um den gleichen Wagen zu bezahlen. Kein Wunder, dass zum Beispiel die Autokonzerne klagen und seufzen über fallende Renditen im Export in die USA.

Aber auch Pharma- und Chemiekonzerne sowie Konzerne im Elektro- und Elektronikgeschäft klagen über den fallenden Dollarkurs.

Ursache: Leistungsbilanz und US-Haushalt im Defizit

Über die Ursache des Kursverfalls des Dollars besteht in den USA und anderswo weitgehend Einigkeit: Das hohe Haushaltsdefizit der US-Regierung und das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA werden gleichermaßen für den sinkenden Kurs des Dollars verantwortlich gemacht.

Zwischen 2000 und 2004 schlug der Überschuss im US-Bundeshaushalt von 236 Milliarden Dollar oder 2,4% des Bruttoinlandprodukt (BIP) in ein Minus von voraussichtlich 600 Milliarden Dollar oder rund 5% des BIP in diesem Jahr um. Aktueller Anlass für den jüngsten Fall des Dollarkurses war anscheinend der Beschluss des US-Kongresses Mitte November, die Höchstgrenze der US-Staatsverschuldung um 800 Milliarden Dollar auf 8,18 Billiarden Dollar anzugehoben. Hinzu kommt das anhaltende Defizit in der US-Leistungsbilanz. Von rund 400 Milliarden US-Dollar in 1999 wird es in diesem Jahr auf vermutlich 650 Milliarden Dollar anschwellen, das sind 5,5% des BIP der USA. Täglich brauchen die US-Wirtschaft und die US-Regierung 1,8 Milliarden Dollar aus dem Ausland, um ihr Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren.

Insbesondere asiatische Zentralbanken (China, Japan, Taiwan und andere Staaten werden genannt) sollen in den vergangenen Jahren enorme Mengen an US-Staatspapieren gekauft haben. China hat seine Währung fest an den Dollar gebunden und sichert so für seine anschwellenden Exporte in die USA gleichbleibende Kurse. Auch die japanische Regierung versucht so, den Dollar möglichst hoch zu halten, um das Exportgeschäft ihrer Konzerne zu erleichtern. Allein die japanische Zentralbank soll nach Presseberichten in den letzten Jahren für

450 Milliarden Dollar US-Schuldpapiere aufgekauft haben, um den Kurs des Yen möglichst stabil zum Dollar zu halten.

Irgendwann werden aber auch solche Anleger nervös. Je höher die Anlagen in US-Staatspapieren, umso größer ist schließlich die Gefahr, bei einem Kursverlust des Dollars auch beträchtliche Vermögensverluste zu kassieren.

Raus aus dem Dollar, rein in Euro und Gold

Die Verringerung des Dollarkurses und der Anstieg des Euro werden deshalb in der Fachpresse als Anzeichen für eine schon begonnene Verlagerung von großen internationalen Vermögen gewertet. Aktienfonds, Rentenfonds, Zentralbanken und andere große Anleger würden ihre Vermögen vermehrt von Dollar auf Euro-Anlagen umschichten. Andere Vermögen werden offenbar auch vermehrt in Gold angelegt und treiben so den Goldpreis auf neue Höchststände.

Beiden Bewegungen gemeinsam aber ist eines: Es gibt offenbar enorme private Vermögensbestände, die weltweit zirkulieren und deren Verwalter, Banken, Fonds usw., dringend nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen. Nach dem Zusammenbruch der Hoffnungen auf die „neuen Technologien“ im Internet-Bereich, die so genannte „Dot.Com-Blase“, bewegten sich diese Vermögen in großem Ausmaß in Richtung China und Südostasien, in Länder also, deren Währungen direkt oder indirekt an den Dollarkurs gebunden sind. Beides, der China- bzw. Asien-Boom ebenso wie das anschwellende Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit der USA, sorgten mehrere Jahre lang für einen hohen Dollarkurs – und in der Folge für enorme Gewinne von Konzernen wie Porsche,

Daten und Fakten zum deutschen Export

Was wird exportiert? (2003)

Produkt	Mrd. €	in %
Kraftwagen und -teile	128,759	19,5
Maschinen und Anlagen	91,107	13,8
Chemische Erzeugnisse	82,254	12,4
Elektrizitätserzeugung	32,063	4,8
Nachrichtentechnik, Rundfunk u. Fernseher	31,040	4,7
Eisen- u. Stahl- erzeugnisse	28,947	4,4
Medizintechnik, opt. Geräte, Uhren	26,283	3,9
Ernährungsgewerbe	24,322	3,7
Gummi- u. Kunststoffwaren	22,053	3,3
Metallerzeugnisse	20,229	3,0
Büromasch., Datenverarbeitung	17,244	2,6
Papier	14,149	2,1
Textilien	11,208	1,7

Wohin wird exportiert?

75,4% aller deutschen Ausfuhren in 2003 wurden laut Angaben des Statistischen Bundesamtes in Euro fakturiert, gingen also entweder direkt in Länder der Euro-Zone oder in Länder, die mit Euro bezahlen und deren Währung eng an den Euro-Kurs gebunden ist, z.B. in die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten oder in afrikanische Staaten, deren Währung an den Euro gebunden ist. Nur 16,7% der Exporte wurden in Dollar fakturiert.

Im ersten Halbjahr 2004 stieg der Anteil Europas am deutschen Export weiter. 74,4% aller Exporte gingen in europäische Länder, 11,5% nach Amerika (allein 8,9% in die USA), 11,4% nach Asien (3,0% China, 2,3% Naher und Mittlerer Osten, 1,9% Russland, 1,7% Japan) und 1,8% nach Afrika.

Im Maschinenbau wurden nach Angaben des Verbands der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer 80% der Exporte in Euro fakturiert, nur 15% gingen in den Dollarraum.

Bei Kraftfahrzeugen gingen fast 70% des Exports in europäische Länder, angeführt von Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien. Nur 14% gingen in die USA, weitere 2,5% nach Kanada und Lateinamerika.

Tagesspiegel, 28.11.2004)

BMW, Daimler, Audi und Siemens im US-Geschäft, in der Fachwelt auch „Windfall-Profits“ genannt.

Jetzt wandern diese großen Kapitalien wieder etwas mehr in den Euro-Raum, sorgen für neue Kurse – und die Windfall-Profits deutscher Konzerne im US-Geschäft schmelzen wie der

Leistungsbilanzsaldo Deutschland und USA

Das Leistungsbilanzsaldo errechnet sich so:

- Das Saldo des Warenhandels (Warenexport minus Warenimport)
- plus das Saldo des Dienstleistungsverkehrs (Transportdienstleistungen, Versicherungsleistungen usw.)
- plus das Saldo der Erwerbs- und Vermögensseinkommen (Einkommen aus Aktien, Zinsen für Staatspapiere usw.)
- plus das Saldo der Übertragungen (z.B. Rentenzahlungen über Grenzen) ist
- = Leistungsbilanzsaldo.

Ein Land, das mehr Waren exportiert als importiert, mehr Dienstleistungen für ausländische Kunden erbringt, als es aus dem Ausland bezieht und mehr Vermögen im Ausland hat als Ausländer im Inland besitzen, weist so ein „positives Leistungsbilanzsaldo“ auf.

Resultat von vielen Jahren positiven Leistungsbilanzsaldo sind in der Re-

gel anschwellende Gold- und Devisenreserven der jeweiligen Zentralbank und daraus erwachsende Erträge. Die hohen Abführungen der Deutschen Bundesbank an den Bundeshaushalt in den letzten Jahren waren so ein Fall. Wegen jahrelanger Überschüsse in der Leistungsbilanz hatte die Bundesbank seit den 80er Jahren große Dollarreserven (meist als US-Staatsschuldpapiere) aufgesetzt. Die Zinserlöse aus diesen Dollarguthaben flossen an den Bundeshaushalt.

Hier die Entwicklung des Leistungsbilanzsaldo der BRD und der USA in den letzten Jahren und Jahrzehnten

Leistungsbilanzsaldo in Milliarden Dollar

Jahr	BRD	USA
1975	+4,50	+18,11
1985	+17,29	-118,16
1990	+90,83	-77,95
1995	-26,99	-105,22
2000	-22,93	-411,47
2001	+3,90	-393,74
2002	+43,60	-480,87
2003	+53,46	-541,83

(Quelle: Jahrestatistik des Sachverständigenrats 2004, Tabelle 13)

Schnee in der Sonne. Mehr nicht, aber auch nicht weniger.

Der Euro-Kurs bleibt vermutlich hoch

Kanzler Schröder hat auf dem G-20-Gipfel kürzlich in Berlin die US-Regierung aufgefordert, ihr Haushaltsdefizit zu verringern und so den Fall des Dolkarkurses bremsen. US-Finanzminister Snow hat ihm geantwortet, seine Regierung wolle bis 2009 die Neuverschuldung auf dann „nur noch“ ca. 200 Milliarden Dollar pro Jahr verringern. In der Öffentlichkeit wurde das allgemein als unglaublich bewertet und als weiteres Anzeichen, dass die US-Regierung in Wirklichkeit einen schwachen Dollar wünscht. Denn nur so würden US-Exporte billiger, Importe dagegen teurer und das Defizit in der US-Leistungsbilanz am Ende hoffentlich kleiner.

Der Euro-Kurs bleibt also vermutlich in nächster Zeit hoch – wenn er nicht sogar noch weiter steigt.

Dabei zeigt ein Blick auf den deutschen Außenhandel, dass dieser hohe Kurs nicht nur Nachteile bringt. Erstenswickeln deutscher Konzerne ohnehin den ganz überwiegenden Teil ihres Exportgeschäfts nicht mit den USA, auch nicht mit China und Fernost ab, sondern mit anderen europäischen Ländern. 70 bis 75% des deutschen Außenhandels spielen sich in Europa ab. Das Gejammer von Konzernen und Wirtschaftsverbänden über den fallenden Dolkarkurs ist also zu erheblichen Teilen interessierte Propaganda – um neue Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlänge-

rungen in den Betrieben ebenso durchzusetzen wie neue Steuererleichterungen für die Unternehmen.

Auf der anderen Seite bringt ein fallender Dolkarkurs auch Vorteile. Rohöl zum Beispiel wird auf den internationalen Märkten bis heute in Dolkarkurs gehandelt. Ein sinkender Dolkarkurs bedeutet deshalb für die Euro-Zone, dass hier die Ölpreise deutlich weniger steigen, als z.B. in den USA. Genau gesagt: verglichen mit 2001 um 40% weniger als in den USA. Das schafft auch Konkurrenzvorteile.

Sinkende Zinsen?

Ein anderer Vorteil ist noch nicht sicher, wird aber von verschiedenen Beteiligten auf den Finanzmärkten in nächster Zeit erwartet. Die Verlagerung von großen Vermögen aus anderen Regionen der Welt in die Euro-Zone spült nämlich zusätzliche Liquidität in dieses Wirtschaftsgebiet. Zusätzliche Liquidität aber kann bedeuten: sinkende Zinsen. Und so finden sich neben den Forderungen, die Europäische Zentralbank solle Dolkarpapiere kaufen, um den Kursverfall des Dollars zu bremsen, auch schon erste Forderungen, die EZB solle ihre Zinsen senken. Mag sein, dass die EZB beides in nächster Zeit nicht tut. Aber eine steigende Liquidität auf den Geldmärkten könnte auch ohne Eingreifen der EZB die Zinsen auf den europäischen Märkten etwas nach unten drücken. Und das wiederum könnte nicht nur Häuslebauern Vorteile verschaffen, sondern auch dem industriel-

le Kapital zusätzliches Geld für seine Geschäfte bereitstellen und so die Konjunktur in Europa beleben, während sie in den USA sich möglicherweise etwas langsamer entwickelt.

riul
Quelle: Handelsblatt, 22.11.04 bis 27.11.04; Sachverständigenrat, Jahrestatistik 2004

EU

Parlamentszustimmung zur Kommission

Eine zentrale Fragestellung im Zusammenhang mit der vor sich gehenden Ablösung der Potsdamer Nachkriegsordnung durch die Ordnung der Europäischen Union ist die: Kann es auch weiterhin gelingen, auf der Ebene des Umgangs der europäischen Staaten miteinander jedwede erneuerte großdeutsche Hegemoniebestrebung unterdrückt oder zumindest im Zaum zu halten? Hierzu zählt auch die Fähigkeit zur steten Niederhaltung bzw. Abwehr solcher Konzepte, die anzuknüpfen suchen an dem kontinentalen Reichsgedanken der preußischen Ost-/Nordost-Expansion sowie der habsburgischen Ost-/Südost-Expansion.

Wenn man unter diesem Gesichtwinkel zu einer ersten Zwischenbewertung zu gelangen sucht, dann lassen sich für diese Sache aus der jetzt erfolgten schließlichen Zustimmung des EU-Parlaments zur umgebildeten EU-Kommission zumindest folgende Schlussfolgerungen ableiten:

Erstens. Die Mehrheit des Parlaments hat den Versuch einer – insbesondere von deutscher Seite initiierten – Instrumentalisierung dieses Verfassungsorgans gegen das konstitutionelle EU-Prinzip der Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten klar abgewehrt. Dieser Versuch zielte auf die Etablierung eines weltlichen, totalitär anmutenden, Kleikratismus ab, welcher sich die Oberhoheit über die oberhalb der Nationalstaaten existierende öffentliche Meinung anzumaßen sucht. Und zwar vermittels Auslegung (von Fall zu Fall) dessen, was „europakonform“ bzw. was „nicht europakonform“ ist. Im aktuellen Fall sollte dem Mitgliedstaat Italien die „EU-Fähigkeit“ bzw. die „EU-Kompatibilität“ abgesprochen werden – und zwar unter Zugrundelegung der dortigen innenpolitischen Situation bzw. der dortigen Regierungspolitik.

Zweitens. Der von italienischer Seite neu benannte Kommissar Frattini konnte sich aber nicht nur deswegen des mehrheitlichen Parlamentsrückhalts sicher sein – etwa als er in der Ausschusbefragung jedwede Zumutung einer Stellungnahme zu den inneren Angelegenheiten seines Entsendestaates von sich wies. Sondern auch deswegen, weil mit ihm sichergestellt ist,

dass die Position der einheitlichen Vertretung der EU im UN-Sicherheitsrat – d.h. der Ablehnung eines deutschen ständigen Sitzes in diesem Gremium – präsent ist bzw. präsent bleibt in der EU-Kommission. Der bisherige italienische Außenminister Frattini ist bekanntlich Außenminister Fischers schärfster Kontrahent in dieser Angelegenheit. Mit seiner gezielten Platzierung am Kommissionstisch macht hier eine breite, Parteien übergreifende EU-Öffentlichkeit mittels des Parlamentsentscheids deutlich, wie sie diese deutschen Ambitionen behandelt und bewertet wissen will. Diese deutliche Akzentsetzung betrifft ausdrücklich den Umgang der EU-Staaten miteinander – und nichts anderes: Das übersehen jene Kräfte, die meinen, hierin einer Zustimmung zur italienischen Innenpolitik habhaft werden zu können.

Drittens. Dass es in der „Affäre Buttiglione“ um das Hochhalten des konstitutionellen EU-Prinzips der Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten – bzw. um das Fallenlassen desselben... – ging, wurde bereits bei der Auseinandersetzung um die Neubesetzung der Position des Kommissionspräsidenten deutlich. Hier wurden insbesondere von deutsch-französischer Seite Personen als Nachfolger von E. Prodi favorisiert, die der eigenen Politik der Hierarchisierung der EU dienstbar schienen.

Dieser Coup ist am Widerstand der kleineren und mittleren Mitgliedstaaten gescheitert. Man einigte sich schließlich auf den bisherigen portugiesischen Ministerpräsidenten Barroso. Das heißt: auf einen Kompromisskandidaten, den das Lager des Coups – nicht ganz unrichtig! – aber eher als die personifizierte Gestaltungswendung der eigenen Niederlage begriff: „Das französische Mitglied des Europäischen Parlaments [MEP] Jean-Louis Bourlanges sagt, dass er ... gegen die Barroso-Kommission stimmen wolle ... Nach seiner Ansicht hat Barroso [mit der Bildung dieser Kommission/Red.] den Versuch unternommen, ein Europa zu errichten, das den französisch-deutschen ‚Motor‘ marginalisiert. Er hat – das gewinnt durch das Inkrafttreten des Vertrags von Nizza noch an besonderem Gewicht – Auswahlen getroffen, die zu einer ‚ungerechtfertigten Überpräsentation der mittel- und osteuropäischen Staaten‘ geführt haben“ (EU News, Policy Positions & EU Actors online; EurActiv.com, 03.09.2004 – eigene Übers.). *huh*



Anlässlich des Treffens der für Wettbewerbsangelegenheiten zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten demonstrierte die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter am 25.11. in Brüssel gegen die Bolkestein-Richtlinie zur Schaffung eines Binnenmarktes für Dienstleistungen. Die Richtlinie zielt auf die Privatisierung und Deregulierung wesentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge, sozialer Dienste und durch Sozialversicherungen geregelter Dienstleistungen. Auch belgische Gewerkschaften hatten zur Demonstration mobilisiert; Vertreter anderer europäischer Gewerkschaftsbünde und Gewerkschaften aus anderen EU-Ländern beteiligten sich ebenfalls. Im Anschluss an die Demonstration wurde den EU-Ministern eine Petition gegen die Richtlinie übergeben. (Quelle: Indymedia Belgien)

Working Poor in der Schweiz

Eine Untersuchung des Bundesamtes für Statistik zeigt eine deutliche Steigerung der „working poor“. Working poor sind Menschen, die in einem Haushalt mit einem Erwerbsumfang von mindestens einer Vollzeitstelle leben, aber dennoch arm sind. Ihr Anteil an allen Lohnabhängigen ist demnach von 2002 auf 2003 um einen Prozentpunkt auf 7,4% gestiegen. 231 000 Personen gelten als working poor; sie leben in 137 000 Haushalten mit insgesamt 513 000 Erwachsenen und 233 000 Kindern. Mehr als ein Viertel lebt in einem Haushalt mit einem Erwerbsumfang von mindestens zwei Vollzeitstellen. Das Bundesamt verweist auf einen Zusammenhang zwischen dem Verlauf der Erwerbslosenquote und dem Anteil armer Erwerbstätiger. Mit sinkender Erwerbslosenquote nimmt mit einer Verzögerung von 2 bis 3 Jahren die Zahl der working poor zu. Die meisten sind in sogenannten prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt, vor allem in privaten Haushalten, im Gastgewerbe und in der Landwirtschaft. (Quelle: NZZ)

USA: Auseinandersetzungen im Hotelsektor dauern an

Die Auseinandersetzungen zwischen Luxushotels und Hotelbeschäftigten in vielen Städten der USA (wir berichteten) dauern an. In Washington D.C. boten die Hotels eine Lohnerhöhung von 1 Cent/ Stunde. In Los Angeles rief die Gewerkschaft zu einem Boykott der neun Luxushotels auf, um den Abschluss eines annehmbaren Tarifvertrag zu erzwingen und Aussperrungen abzuwehren. Wie groß die Unterstützung für

die Hotelbeschäftigte ist, zeigt, dass sich am 16.11. Vertreter der katholischen, episcopalischen, baptistischen, lutherischen, methodistischen, presbyterianischen, jüdischen, muslimischen Gemeinden zu einer Demonstration zur Unterstützung der Beschäftigten versammelten. In San Francisco einigten sich nach mehrwöchigem Streik und Aussperrung Hoteliers und Gewerkschaft auf eine 60-tägige Abkühlungsphase, in der Aussperrung und Streik ausgesetzt und die Verhandlungen fortgesetzt werden. (Quelle: Indymedia)

Ungarisches Parlament lehnt Verlängerung des Irak-Einsatzes ab

Am 15.11. scheiterte im ungarischen Parlament der Antrag der Regierung, den Einsatz von 300 ungarischen Soldaten im Irak über den 31.12.04 hinaus zu verlängern. Notwendig wäre eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments gewesen. Der Antrag erreichte indes nur eine einfache Mehrheit von 191 Ja- bei 159 Nein-Stimmen. (Quelle: DW)

UN-Flüchtlingskommissar kritisiert die Slowakei

Das UN-Flüchtlingskommissariat hat die Slowakei scharf wegen der restriktiven Asylpolitik kritisiert. Von mehr als 9000 Asylbewerbern wurden in den ersten neun Monaten des Jahres lediglich zwei anerkannt. Die Anerkennungsquote von 0,2% ist die niedrigste in der ganzen Welt. Die slowakische Regierung unterstützt innerhalb der EU die Bestrebungen Deutschlands und Italiens, Flüchtlingslager außerhalb der EU-Grenzen zu betreiben. (Quelle: DW)

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Mitglieder des Netzwerkes Venezuela versammelten sich am 23.11.2004 vor dem Berliner Sitz der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), um dort aus Anlass des Attentats auf den venezolanischen Staatsanwalt Danilo Anderson gegen die fortgesetzte Unterstützung der Putschisten durch die Stiftung zu protestieren. Die DemonstrantInnen kritisierten vor allem die Verbindungen der immerhin aus Steuergeldern finanzierten KAS zur venezolanischen Oppositionspartei Primero Justicia, die in den Putsch vom 11. April 2002 verwickelt war. In einer Broschüre des Netzwerks werden Informationen über die Tätigkeit der Stiftung zusammengestellt, so über den von Fehlern und Manipulationen strotzenden Venezuela-Bericht, den die KAS im August veröffentlicht hatte und der vom venezolanischen Außenministerium Punkt für Punkt auseinander genommen wurde. Sie kann runtergeladen werden in der Homepage www.netzwerk-venezuela.de



Volksantrag für 8 Jahre gemeinsame Schulzeit in der Diskussion

DRESDEN. Am 20./21.11.2004 verständigten sich mehr als 50 VertreterInnen und Vertreter der Sächsischen Schulinitiativen auf ihrem 19. Treffen im Plenarsaal des Landtags über die Forderungen an die künftige Bildungspolitik in Sachsen. Der Verein „Zukunft braucht Schule“ informiert über die Ergebnisse: Es herrschte Konsens über die Forderung nach achtjähriger gemeinsamer Schulzeit. In Anwesenheit von Parteivertretern aus PDS, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD wurde der bildungspolitische Abschnitt der zwischen CDU und SPD abgeschlossenen Koalitionsvereinbarung kritisiert. Der Vorsitzende des Vereins „Zukunft braucht Schule“, Thomas Freyer, kündigte die Fortsetzung von weiteren außerparlamentarischen Aktivitäten bis hin zu einem möglichen Volksantrag an den Landtag zur Einführung der achtjährigen gemeinsamen Schulzeit in Sachsen an. Die dafür erforderlichen 40.000 Unterschriften sollen gesammelt werden, falls die in den nächsten Wochen geplanten Gespräche mit den politisch Verantwortlichen erfolglos bleiben. Im Mittelpunkt der Diskussion stand außerdem die mögliche Abwahl des Geschichtsunterrichts in den sächsischen Mittelschulen ab Klasse 10, die von dem renommierten Geschichtsdidaktiker Prof. Dr. Bodo von Borries (Universität Hamburg) als „grottunvernünftig“ bezeichnet wurde. Die Schulinitiativen forderten die anwesenden Vertreter der Parteien auf, die Rücknahme dieser Entscheidung zu erwirken.

Von den Fraktionen im neuen Landtag erwarten die Schulinitiativen die Beachtung folgender Grundsätze in der Bildungspolitik:

„1. Bildung ist grundlegendes Menschenrecht: Soziale Gerechtigkeit muss Ziel der Bildungspolitik sein,

d.h. es darf keine Auslese auf Grund finanzieller Voraussetzungen geben. Dazu gehören der freie, selbstbestimmte Zugang zur Bildung sowie Chancengleichheit ohne Einschränkungen durch Alter, Geschlecht, soziale oder ethnische Herkunft. 2. Bildung ist keine Ware: Wir verlangen daher Gebührenfreiheit der Bildung (Kita, Schule, Uni ...) entsprechend dem Forderungskatalog der ‚Leipziger Initiative für Bildung‘. 3. Realisierung von mindestens acht Jahren gemeinsame Schule für alle: Gemeinschaftsschule neuer Art und neuer Kultur. Wenn die neue Landesregierung diesen Neuanfang in der Bildungspolitik nicht schaffen kann oder will, müssen wir basisdemokratisch nachhelfen, d.h. durch Volksantrag/Volksbegehren unter Federführung des Vereins ‚Zukunft braucht Schule‘.“

www.zukunftbrauchtschule.de

„Weihnachten wird heiß“ – Protestaktionen der Studierenden

BONN. Die bundesweite Kampagne „Kein Spiel mit Bildung“ geht in die nächste Runde: Auch in der eigentlich beschaulichen Adventszeit wollen die Studierenden unter anderem mit einer Postkartenaktion (*Bild*), öffentlich präsentierten Wunschzetteln und einer Unterschriftenaktion den Protest gegen Studiengebühren und für eine abgesi-

cherte studentische Interessenvertretung fortsetzen und ausweiten. „Weihnachten wird heiß“, heißt es bei den drei Trägerorganisationen der Kampagne – dem freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und dem Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (PM Bündnis).

Und wie soll es dann im Januar weiter gehen? „Für Mitte Januar planen wir voraussichtlich in Frankfurt einen bundesweiten Kongress“, kündigt Katharina Volk, Geschäftsführerin des PM Bündnis an. „Sollte das Bundesverfassungsgericht dann der Klage zur 6. Novelle stattgeben, sind wir vorbereitet. Auch wenn die Absicherung eines generell gebührenfreien Erststudiums und die Absicherung der studentischen Interessenvertretung dann wegfällt, werden wir uns in den einzelnen Bundesländern gegen die Einführung von Studiengebühren und die Abschaffung oder Einschränkung der studentischen Interessenvertretung zur Wehr setzen. Schon jetzt sind Studierende bundesweit vernetzt; schon jetzt bestehen vielfältige Kontakte zu Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Wenn in den ersten Bundesländern entsprechende Änderungen in Kraft treten sollen, können wir darauf reagieren.“

www.fzs-online.org

„Nazis den Ton abdrehen!“ – CD „Aufmucken gegen rechts“

BERLIN. [solid] – die sozialistische Jugend hat in enger Kooperation mit der Gewerkschaftsjugend und Stiftungen eine antifaschistische Offensive gegen rechte Jugendkultur gestartet unter dem Titel „Aufmucken gegen Rechts – Beweg dich, damit sich was bewegt!“ Mittelpunkt des Projektes ist eine CD mit Songs von 17 namhaften Bands. Sie soll am 8. Dezember vorgestellt werden. Dazu erklärte Victor Perli, Bundessprecher



von [solid] in *Neues Deutschland* vom 3.11.04: „Unsere CD ist eine Reaktion auf die ‚Aktion Schulhof‘, bei der Neoz Nazis und Freie Kameradschaften geplant hatten, eine CD mit rechter Musik in einer Auflage bis zu 250.000 Stück vor Schulen zu verteilen. Das können wir als junge Linke nicht hinnehmen. Ange schriebene Künstler haben uns spontan einen kostenlosen Song zur Verfügung gestellt, der sich meist mit der Thematik auseinander setzt. Zur Umsetzung und Finanzierung haben wir gemeinsam mit Bündnispartnern eine Spendenkampagne initiiert und waren überrascht über die positive Resonanz ... Unsere Ortsgruppen und Bündnispartner planen lokale Infoveranstaltungen und Konzerte gegen Rechts. Außerdem haben wir ausführliches Info- und Hintergrundmaterial zusammen gestellt. Dabei haben u.a. Rechtsextremismus-Experten wie Prof. Christoph Butterwegge oder Klaus Farin vom Archiv der Jugendkulturen Gastbeiträge geschrieben.“ www.mucke-gegen-rechts.de

Bündnis gegen Zerschlagung, Privatisierung und Börsengang der Bahn

WIESDADEN. Als am 22. September 2004 der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bahn AG erklärte, der Börsengang finde nicht im Frühjahr 2006 statt, atmeten viele auf. Zum selben Zeitpunkt erklärten zwei Unternehmerverbände und mehrere Parteienvertreter, im Fall eines Börsengangs der Bahn müssten die Schienenwege Eigentum des Bundes bleiben. Viele hofften, der Staat werde nun seine Gesamtverantwortung für den Schienenverkehr wahrnehmen. Tatsächlich betonen Bahnvorstand und Bundesregierung, der Börsengang sei nur aufgeschoben. Diejenigen, die eine Trennung von Fahrweg und Betrieb fordern, sehen darin die Voraussetzung für eine beschleunigte Privatisierung des Schienenverkehrs. Gleichzeitig setzt der Vorstand der Deutschen Bahn AG seine Politik zur Ausgliederung und Privatisierung von Teilen der Bahn fort: so im Fall der Bahnstromversorgung, bei der Fährgesellschaft Scandlines und der Güterverkehrssparte Railion/Stinnes.

Das AktionsBündnis Bahn für alle, getragen von attac, Robin Wood, die Basisinitiative „Bahn von unten“ in TRANSNET und der Bahnexperten gruppe „Bürgerbahn statt Börsenbahn“, will die gewonnene Zeit für eine breit angelegte Kampagne im Interesse von Bahn, Fahrgästen und Beschäftigten nutzen. Das AktionsBündnis richtet sich sowohl gegen die Privatisierung des Bahnbetriebs, der Trassen und der Bahnhöfe, wie auch gegen die fortgesetzte Zerschlagung der einheitlichen Struktur der Bahn. In einer ersten gemeinsame Erklärung vom 8.11.2004

stellt das Bündnis 5 grundlegende und ausführlich begründete Forderungen auf: 1. Demokratische Verfügung über den Schienenverkehr. 2. Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems Schiene. 3. Sinnvolle Arbeitsplätze. 4. Günstige Bahnpreise und ein guter Service. 5. Schutz von Klima, Umwelt und Menschen. 6. Friedensfähigkeit. Das neue Bündnis fasst seine Anliegen so zusammen: „Das AktionsBündnis Bahn für alle will Umweltbewegung, Fahrgastverbände, Gewerkschaften und die Friedensbewegung dafür gewinnen, mit lokalen und bundesweiten Aktionen gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Deutschen Bahn AG aktiv zu werden. Das AktionsBündnis Bahn für alle fordert dazu auf, sich für eine wirkliche Verkehrswende, für eine konsequente Politik für die Schiene und damit für eine Bahn für alle zu engagieren.“ www.bahnvonunten.de/BFA.htm

Antikoloniale Aktion am Reichstag der Anticolonial Africa Conference

BERLIN. Zum Abschluss der Anticolonial Africa Conference wurde am Montag, den 15.11.2004 um 12 Uhr, also genau 120 Jahre nach dem Beginn der ersten Berliner Afrika-Konferenz, vor dem Reichstag ein Transparent entrollt, das Entschuldigung und Entschädigung für



die Kolonialisierung forderte (*Bild*). Die neugierigen Reichstagsbesucher erhielten ein Flugblatt, das auf den historischen Kontext hinwies und die aktuellen Forderungen enthielt. Diese Flugblatt wurde außerdem in verschiedenen afrikanischen Sprachen verlesen. Darauf heißt es u.a.: „Wir fordern den sofortigen Stop aller Formen des war-business, keinerlei Militärhilfe und Waffengeschäfte. Keine Interventions-(Kriegs)truppen aus Europa oder anderen Ländern nach Afrika. Keine soziale und materielle Unterstützung der Kriege, kein Flüchtlingsmanagement durch Nicht-Regierungs-Organisationen/NGOs. Die Teilnehmerstaaten der Berliner Konferenz von 1884 exportieren heute noch für über drei Milliarden Dollar jährlich militärische Ausrüstung in die Länder Afrikas ... Wir fordern die Übernahme der politischen Verantwortung

durch die Unterzeichnerstaaten der Berliner Konferenz für alle Folgen ihrer Kolonialpolitik in Afrika. Wir fordern die öffentliche Anerkennung ihrer Entschädigungspflicht. Die Legalisierung des Aufenthalts von Menschen aus Afrika und der freie Zugang nach Europa sehen wir als ersten Schritt an.“

www.africa-anticolonial.org

Kritik an BDI-Konferenz während Münchner Sicherheitskonferenz

MÜNCHEN. Die KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten weist darauf hin, dass der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) während der Münchner Sicherheitskonferenz eine „Finanzierungskonferenz zur Region Nordafrika und Mittelost“ plant. Hintergrund ist der Barcelona-Prozess, mit welchen die EU seit 1995 die Schaffung einer Freihandelszone mit Staaten im südlichen und östlichen Mittelmeerraum anstrebt. Die KARAWANE erklärt: „Geraade im Hinblick darauf, dass Deutschland in Europa mit die menschenunwürdigsten Gesetze zur Behandlung von Flüchtlingen geschaffen hat, der deutsche Innminister Schily mit seinem Vorschlag, Auffanglager in Nordafrika zu schaffen für Eurore gesorgt hat, ist es gradezu pervers, innerhalb des innereu-

ropäischen Wettbewerbs um die ‚gefragtesten‘ Staaten damit zu argumentieren, das man ja im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten weniger ‚koloniale‘ Schuld zu tragen habe. Wobei sogar noch zu bedenken ist, dass dies so nicht mal richtig ist, die Wahrnehmung der eigenen koloniale Vergangenheit ist in der deutschen Gesellschaft nur kaum präsent. Die KARAWANE protestiert aufs Schärfste dagegen, dass Grenzen für Kapital und Waren immer weiter geöffnet werden, (potentielle) Flüchtlinge jedoch mit immer strikterer Gesetzgebung und festungsartig abgesicherten Grenzen konfrontiert sind! Wir werden natürlich solidarisch mit allen anderen Gruppen und Einzelpersonen, gegen die Sicherheitskonferenz und die BDI-Konferenz protestieren!“

<http://carava.net>

Zusammenstellung: baf

„Hamburger Arbeit“ und Ein-Euro-Jobs

HAMBURG. In den vergangenen Wochen hat das Bekanntwerden von Praktiken der „Hamburger Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft“ HAB die öffentliche Diskussion über diese Maßnahmen hervorgerufen. Neben der menschenunwürdigen Behandlung von Arbeitslosen, die von Geschäftsführer Scheele als notwendige „Trainingsphase“ zur Feststellung der „Verlässlichkeit“ gerechtfertigt wird, erweist sich zunehmend, dass das Ein-Euro-Programm im Kern der staatlichen Förderung des Lohndumpings und der Verdrängung regulärer Arbeits-

plätze dient. Da offenkundig wird, dass zu den derzeit angelegten Kriterien keinesfalls genug „Arbeitsgelegenheiten“ geben wird, wird nicht etwa das Programm in Frage gestellt, sondern der Leiter des Amtes Arbeitsmarkt und Strukturpolitik, Bernhard Proksch, erklärt die Absicht der Stadt, die Kriterien für die Zulässigkeit abzusenken (HA, 18. 11.). Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus dem Erfahrungsbericht einer Betroffenen und aus der Analyse des Hamburger Sozialforums. (ulj)

Hamburger Arbeit bei der Durchführung der Ein-Euro-Maßnahmen überfordert

10 000 Ein-Euro-Jobs sollen allein in Hamburg entstehen. Zwischen 600 000 und 1 Million bundesweit. Schon jetzt sind in Hamburg zweitausend dieser Arbeitsgelegenheiten geschaffen, größtenteils bei der Hamburger Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft (HAB). Die Hamburger Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft ist mit der Durchführung dieser Ein-Euro-Maßnahmen überfordert! Das ist das Ergebnis eigener Prüfungen. Ausgangspunkt hierfür war die Zuschrift einer Teilnehmerin an einer solchen Ein-Euro-Maßnahme in Hamburg, die auf groteske Verhältnisse hinwies. Unsere Recherchen zeigen an, dass die Umsetzung der Ein-Euro-Maßnahmen konkret in Hamburg entweder zu sehr fragwürdigen Ergebnissen führen oder aber – nehmen wir die Äußerungen des HAB-Betriebsleiters Peter Steinert zur Grundlage – Einstieg für ein weiteres Lohndumping sind, mit dem reguläre Arbeitsplätze gefährdet und vorhandene Qualifikationen am Arbeitsmarkt entwertet werden. Konkret fügen wir hierzu an:

a) Bei der Akquisition von Arbeitsaufträgen durch die HAB, werden die Prinzipien der „Zusätzlichkeit“ und des „öffentlichen Interesses“ nicht oder nicht ausreichend beachtet. Nach dem Kriterium der Zusätzlichkeit sind nur solche Aufträge zulässig, „wenn diese Arbeiten ohne die Förderung nicht, nicht in diesem Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Arbeiten, die auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung durchzuführen sind oder üblicherweise von juristischen Personen des öffentlichen Rechts durchgeführt werden, sind nur förderungswürdig, wenn sie ohne die Förderung voraussichtlich erst nach zwei Jahren durchgeführt werden.“ (SGB III § 261). Nach dem Kriterium des öffentlichen Interesses liegen Arbei-

ten dann im öffentlichen Interesse, „wenn das Arbeitsergebnis der Allgemeinheit dient. Arbeiten deren Ergebnis überwiegend erwerbswirtschaftlichen Interessen oder den Interessen eines begrenzten Personenkreises dient, liegen nicht im öffentlichen Interesse.“ (SGB III § 261). Die Hamburger Arbeit akquiriert – so die Aussage ihres Betriebsleiters Peter Steinert – Arbeitsaufträge in folgenden Bereichen: Renovierung von Wohnunterkünften und der Wohnungen von Sozialhilfeempfängern, Renovierung von Kindergärten, Reinigung von Kinderspielplätzen, Gestaltung von Grünflächen. Alle diese Auftragssegmente entsprechen nicht dem Kriterium der Zusätzlichkeit und

zum Teil auch nicht dem des öffentlichen Interesses. Es handelt sich größtenteils um Regelaufgaben der Stadt oder sie dienen, wie bei der Renovierung der Wohnungen, einem begrenzten Personenkreis. Diese Aufträge sind – so das Gesetz – nicht förderungsfähig. Die Deutung der HAB, dass „Zusätzlichkeit“ dann gegeben sei, wenn für marktübliche Bezahlung kein Geld da sei, ist skandalös und muss als Versuch bewertet werden, reguläre Arbeitsverhältnisse im Handwerk und im öffentlichen Dienst über Dumpingpreise zu beseitigen bzw. zu gefährden.

b) Entsprechend dem Zwangscharakter der Ein-Euro-Jobs ist die Hamburger Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft nicht in der Lage, Ein-Euro-Beschäftigte würdevoll und vernünftig zu behandeln. Die Ein-Euro-Jobs bilden kein reguläres Arbeitsverhältnis, es sind rechtlose „Arbeitsgelegenheiten“. In fest gefügten Blocks werden Ein-Euro-Beschäftigte nun – wohl aufgrund mangelhafter Auftragslage – wochen-, ja monatelang, mit „Übungseinheiten“ beschäftigt, die nutzlos sind (...) Anleiter betonen, dass, mangels eigener Auftragslage, die „Mitarbeiter irgendwie beschäftigt werden“. Im Ergebnis eigener Gespräche mit Teilnehmern der Ein-Euro-Maßnahmen bei der HAB, können wir diese Angaben eines ersten Berichts einer Teilnehmerin, nun leider nur bestätigen.

c) Auf Anfrage konnte die Hamburger Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft keine wirklichen Qualifizierungsmaßnahmen benennen. Qualifizierende Maßnahmen müssen konkretisierbar und auch zertifizierungsfähig sein und können sich nicht nur auf „Softskills“ beziehen. Sie sollen und müssen auch fachlich sinnvoll sein.

Wie aber soll die HAB solcherart qualifizierende Maßnahmen vorhalten oder anbieten können, wenn gleichzeitig die Dienstleistungsträger für solche Qualifikationsmaßnahmen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Hamburg geschlossen werden? So z.B. „Zebra

ALG II: Erst Rat holen, dann handeln

Der Beratungs- und Informationsbedarf zum neuen Arbeitslosengeld II ist groß. Der DGB hat deswegen einen Ratgeber entwickelt, der in verständlicher Form die Rechtslage erläutert und konkrete Tipps und Hilfen gibt. Dieser Ratgeber wendet sich direkt an die Betroffenen. In der Broschüre wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass Arbeitslose nicht unter Androhung einer Leistungskürzung zur Abgabe ihres ALG II-Antrags gedrängt werden können. Der Bundesagentur Vorstand Weise hat dem DGB schriftlich bestätigt, dass die für alle Arbeitslosen geltenden Meldepflichten bei der Arbeitsagentur nicht mit einem Zwang zur Abgabe der Anträge verbunden werden dürfen. Arbeitslose, die bereits einen ALG II-Bescheid erhalten haben und Widerspruch einlegen wollen, können sich damit bis Ende Januar 2005 Zeit lassen. Zwar gilt grundsätzlich eine Widerspruchsfrist von einem Monat. Da das Gesetz „Hartz IV“ jedoch erst am 1.1.2005 in Kraft treten wird, wird auch der Bescheid erst zu diesem Zeitpunkt wirksam; auch die Widerspruchsfrist beginnt erst von diesem Zeitpunkt an zu laufen. Wird der Widerspruch von der Behörde negativ beschieden, können die Betroffenen vor dem Sozialgericht klagen. Das Verfahren ist gebührenfrei. Diese und ähnliche Fragen erläutert der Ratgeber „Arbeitslosengeld II“, der in Kürze auch in türkischer Sprache erhältlich ist.

Der Ratgeber umfasst 66 Seiten im DIN A 5-Format. Das Heft ist zweifarbig, die Tipps sind jeweils rot abgesetzt. Preis für das Einzelheft: 3.50 Euro. ISBN 3-00-014823-X (nur deutsche Fassung) Der Vertrieb erfolgt durch die Druckerei Toennes Druck und Medien GmbH. Die Auslieferung der türkischen Fassung wird in ca. 2 Wochen erfolgen. Die deutsche Fassung kann bereits jetzt bestellt werden unter: www.toennes-bestellservice.de/bests/

kun

e.V.“ oder die „Stiftung für berufliche Bildung“.

d) Die Hamburger Arbeit und Beschäftigungsgesellschaft führt Einführungsveranstaltungen für Neuankömmlinge in den Ein-Euro-Maßnahmen durch, die der Zielgruppe nicht entsprechen. In ganztägigen Modulen werden allgemeine Vorschriften erläutert und Belehrungen veranstaltet, die zudem diskriminierend sind. So sollten sich Ein-Euro-Beschäftigte verschiedenen Geschlechts nicht isoliert treffen dürfen („außerhalb der Arbeitskolonne“), da damit sexuelle Belästigungen verbunden sein könnten. Diese Behandlung von armen und arbeitslosen Menschen – so als wenn es sich um potentielle Sexualstraftäter handelt – ist empörend. Man gewinnt den Eindruck, es ginge um Erziehungslager.

e) Die HAB ist nicht in der Lage geeignete Formen der Vertretung für Teilnehmer der „Arbeitsgelegenheiten“ zu implementieren. So bleiben die Teilnehmer vollkommen rechtlos, Widerspruchs- und Beschwerdeverfahren sind nicht integriert.

Dies veranlasst zu folgenden Feststellungen:

Das Versprechen auf sinnvolle Arbeit für mehr Menschen kann durch das Ein-Euro-Programm nicht realisiert werden, sofern die Kriterien der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses gewahrt bleiben. Werden diese aber nicht berücksichtigt, gefährdet das Ein-Euro-Programm reguläre Arbeitsplätze vor allem im Handwerk. Die Handwerkskammer hat sich zu solchen Programmen in der Vergangenheit sehr klar geäußert. Mit der Einführung von Ein-Euro-Maßnahmen sind die arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse nicht zu bewältigen. Statt der Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten wäre eine Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine sinnvolle und weitgehend kostenneutrale Alternative. Aber ABM wird in Hamburg total heruntergefahren und soll Ende 2005 vollständig beseitigt sein. Trotz der auch bei ABM gegebenen Gehaltskürzungen, die wir kritisieren, verbleiben doch erhebliche Unterschiede: So sind Qualifizierungs-module fester Bestandteil, es existiert ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsvertrag, der dem Arbeitnehmer allgemeine Rechte und auch eine Interessenvertretung über einen Betriebsrat sichert. ABM sind näher dran am allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Ein-Euro-Jobs sind hingegen der erste Schritt zur Bildung eines „dritten Arbeitsmarktes“, der vom allgemeinen Arbeitsmarkt noch weiter entfernt ist, als der „zweite Arbeitsmarkt“. Die Gestaltung von Maßnahmen darf nicht den einzelnen Trägern überlassen werden. Diese haben ein starkes Eigeninteresse daran, möglichst viele Teilnehmer im jeweiligen Träger zu versammeln, unabhängig

davon, ob sie diese tatsächlich einsetzen können oder auch nicht. Notwendig wäre die Bildung öffentlicher Aufsichtsräte, die für die Träger verbindliche Vorgaben erarbeiten (Qualifizierungen, Arbeitseinsätze, Mitwirkungsmöglichkeiten etc.) In diesen Aufsichtsräten sollten Vertreter der Handwerkskammer, der Gewerkschaften, der Behörden und kommunaler Gremien aus den einzelnen Stadtteilen vertreten sein. Die Kriterien der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses müssen strikt eingehalten werden, um nicht eine weitere Spirale des Lohndumpings auszulösen. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist strikt zu beachten. Wer freiwillig eine Ein-Euro-Maßnahme übernimmt, kann nicht dafür bestraft werden, wenn er sich dafür entscheidet, diese wieder abzubrechen, weil er erkennt, dass diese ihn nicht näher an den allgemeinen Arbeitsmarkt heranführt.

Andreas Grünwald
Hamburger Sozialforum
www.sozialforum-hh.de



Bild: res

Erfahrungsbericht einer Frau zu einem Ein-Euro-Jo

Vor einer Woche begonnen, noch freiwillig

Letzten Montag, erster offizieller Arbeitstag und Einweisung. Zuerst haben wir alle Arbeitskleidung erhalten: blaue Latzhosen und Jacken, wo groß draufsteht: HAB Eidelstedt (HAB = Hamburger-Arbeits-Beschaffung) Das muss so sein, damit alle anderen Menschen sofort sehen, mit wem sie es zu tun haben (?), so hat der „Fallmanager“ (so nennen sich die zuständigen Betreuer/Einweiser/Aufpasser) es erklärt. Danach theoretische Einweisung und Verhaltensregeln. Wir haben erfahren, dass es den ganzen Tag dauern würde und wir nicht auf die Straßen/Grünanlagen gehen werden. Einer hat gefragt, warum sie dann diese Latzhosen und Stiefel den ganzen Tag tragen müssen, wenn sie nicht die Grünanlagen sauber machen und nur in diesen Räumen rumlaufen sollen ... Antwort: „Damit wir uns an Arbeitskleidung gewöhnen. Und um 6.00 Uhr anzufangen, dass ist auch nur, damit wir lernen morgens aufzustehen.“ Wir sind dann darauf hingewiesen worden, dass wir natürlich keinen Alkohol trinken dürfen, keine Drogen nehmen dürfen, uns nicht prügeln und nicht gegenseitig sexuell belästigen dürfen. Sehr ausführlich (ca. zwei Stunden!) hat dieser Fallmanager uns dann erklärt, wo sexuelle Belästigung anfängt. Schon bei Blicken ... und wir müssen immer in der Kolonne bleiben,

niemals dürfen sich eine Person weiblichen Geschlechts und männlichen Geschlechts zusammen von der Kolonne entfernen. Denn dann könnte es zu sexuellen Übergriffen kommen. (...) Es wurde den Erwachsenen dann auch gesagt, sie dürfen keinen Kontakt zu den Jungewachsenen haben, weil sie, diese arbeitslosen Erwachsenen, ein schlechtes Beispiel sind. Deshalb sind die Jungewachsenen in einer Einrichtung in Volksdorf. Nun sind in der einen Gruppe auch Menschen, die zum Teil bis vor zwei/drei Jahren gearbeitet haben, jetzt über 50 sind, Kinder groß gezogen haben und vorher noch nie arbeitslos waren. Hinzu kommt, dass alle, die jetzt schon da „eingewiesen“ werden, freiwillig gesagt haben, sie möchten so schnell wie möglich arbeiten und nicht zu Hause rum sitzen und bis zum 1. Januar warten ... Einige haben sich gefühlt, wie in einer Erziehungsanstalt, und teilweise haben wir gedacht, wir sind alle Schwerverbrecher. Eine Aussage des „Fallmanagers“: Es werden keine Arbeitsplätze vernichtet, das ist alles Quatsch, was da an „Gerüchten“ immer wieder auftaucht und natürlich werden alle Ein-Euro-Jobs nur für gemeinnützige Arbeit verwendet! Ein-Euro-Job-Arbeiter nehmen jedoch auch kostenlose Praktikumsstellen in Anspruch und das natürlich nur in der



→ Hoffnung, anschließend mit einem normalen Lohn fest angestellt zu werden. Eine hat den Antrag auf den Praktikumsplatz gestellt und wenn ich das richtig verstanden habe, muss der Betrieb noch nicht mal den einen Euro pro Stunde zahlen. Das läuft weiter über das Sozialamt. Ein anderer Kleinstbetrieb würde sofort auch so einen Praktikumsplatz stellen, den einen Euro auch gerne bezahlen. Er braucht dringend einen Mitarbeiter und so eine günstige Arbeitskraft zu bekommen, ohne jegliches Risiko und Verantwortung, wäre doch eine gute Sache. Vielleicht wäre er dann sogar bereit, einen zuverlässigen Mitarbeiter auch tatsächlich fest anzustellen (...)

Weiter in der Ein-Euro-Arbeitswoche: Die ersten Tage waren rum. Die restlichen Tage sahen dann so aus, dass alle weiterhin in diesem Gebäude waren, nicht einmal etwas „Sinnvolles“ tun durften. Der Tagesablauf sieht so aus, dass z.B. ein gelernter Maler, 54 Jahre (zum ersten Mal seit ca. zwei Jahren arbeitslos), dort aufgestellte Wände streichen muss. Zuerst in Weiß, dann in Blau, immer so weiter, bis die Wand „kaputt“ gestrichen ist, dann wird sie entsorgt und eine neue aufgestellt. Daneben steht eine Wand, da muss einer, auch über 50 (seit ca. 3 Jahren arbeitslos, vorher nie), Fliesen dran kleben, die dann wieder abgehauen werden und dann wieder neue Fliesen dran. Wieder ein anderer muss eine Mauer mauern, die wird immer wieder, wenn eine gewisse Größe erreicht ist, umgetreten, dann wieder aufgebaut... Eine Ungelernte, hat Teppichreste bekommen und musste den ganzen Tag mit einem Teppichmesser Teile davon abschneiden und gleich in einen Müllsack schmeißen. Wenn mensch nun denkt, dass sie das machen sollte, um zu lernen, wie man Teppichboden verlegt, oder die, die nicht streichen können, von dem Maler etwas lernen sollten... Nein, keiner sagt, ob richtig gestrichen, gemauert usw. wurde... Sie haben auch „Putzfrauen“. Da haben sie welche aus der Gruppe genommen, die müssen immer wieder ein und denselben Flur putzen. Wenn er sauber ist, kommt eine fest angestellte Mitarbeiterin der HAB mit einem Eimer voll „Schmierdreck“ und macht den Flur wieder dreckig. Und dann müssen sie wieder von vorne anfangen diesen Flur zu putzen, acht Stunden am Tag ...

Schon am Donnerstag hat eine wissen wollen, wann sie denn nun endlich wirklich arbeiten können, denn das kann es wohl nicht sein und sie fühle sich, wie die anderen auch, völlig verarscht. Antwort vom „Fallmanager“: Richtige Arbeit haben wir noch nicht für sie, da kommen demnächst Angebote, und sie müssten die Leute nun eben einfach irgendwie beschäftigen, darum ist es völlig egal, was für Teppichstücke geschnitten werden, denn die kommen sowieso gleich auf den Müll ...

Kamen Vorschläge, ob sie dann nicht wenigstens, wie eigentlich angekündigt, Hamburgs Straßen, Grünanlagen usw. sauber machen könnten, gerade jetzt, mit dem ganzen Laub, wäre doch da genug zu tun, oder im Altersheim, wo so ein Mangel besteht... Nein alles nicht möglich, bis auf weiteres haben sie jeden Tag da zu erscheinen und diese sinnlosen Arbeiten zu verrichten. Sie könnten sich aber ja alle um einen Praktikumsplatz bewerben und, noch besser, endlich sehen, dass sie selber Arbeit finden. Die ersten haben schon Depressionen, weil sie da überhaupt nicht mit klar kommen, wie sie da behandelt werden, und ich kann so einen Wahnsinn auch nicht nach vollziehen...

Einer, der vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen wurde, hat gesagt, so schlimm war es noch nicht mal im Gefängnis, und da wusste er wenigstens, er hat „Mist“ gemacht und muss nun seine Strafe dafür absitzen. Das hat er gemacht und möchte nun arbeiten. Dass er nun schlimmer behandelt wird, das hätte er sich nicht vorgestellt.

Auch die fehlenden Arbeitsschutzmaßnahmen sind ganz schlimm. Die Leute, die da mauern müssen, röhren z.B. den ganzen Tag immer wieder Zement an und haben keine Atemschutzmasken bekommen. Einer musste den ganzen Tag eine Tür abschleifen, war schon über und über mit diesem feinen Staub voll. Eine Teilnehmerin hat ihm dann so eine Atemschutzmaske besorgt, weil sie es nicht mehr mit ansehen konnte. Sie meint, die werden auch gesundheitlich einem großen Risiko ausgesetzt, und da will sie nun auf jeden Fall etwas unternehmen. Die Farben, es sind auch Lackfarben dabei, stinken so grausam, schon dieser Gestank ist zum Teil nicht auszuhalten.

Der „Fallmanager“ ist übrigens selbst Gewerkschaftsmitglied. Auf die Frage, ob er denn nicht etwas gegen diese Zustände unternehmen könnte, antwortete er: Nein, das könne er nicht, er wundere sich zwar selbst schon ein wenig, aber die Gewerkschaften können hier nicht helfen, weil es sich nicht um Arbeitsverhältnisse handelt....

Viel gebe es da noch zu schreiben, aber ich wollte Dir nur ein wenig aus der Praxis, dieser ersten Ein-Euro-Jobs schreiben...

Aus: Info-Dienst KW 45/46 , Sozialforum HH

Beirat für Ein-Euro-Jobs: BOCHUM.

Laut Dr. Heide Ott, Leiterin des Bochumer Sozialamtes, soll in Bochum die Umsetzung der Ein-Euro-Jobs durch einen noch zu gründenden Beirat kontrolliert werden. In diesem Beirat sollen vertreten sein: Agentur für Arbeit, Stadtverwaltung, Wohlfahrtsverbände, Kammern, Kreishandwerkerschaft, Parteien, DGB. Nicht vorgesehen sind VertreterInnen der Betroffenen: etwa Erwerbslosenverbände, Betriebsräte oder Personalvertretungen. Somit kontrollieren sich die NutznießerInnen einer störungsfreien Umsetzung von Ein-Euro-Jobs (Wohlfahrtsverbände, Kommune, Agentur für Arbeit) weitgehend selbst. Hintergrund der Bildung solcher Beiräte ist offenbar die bundesweite gemeinsame Erklärung von kommunalen Spitzenverbänden, Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege und der BA vom 14. Oktober 2004: „... Zusammenarbeit der Akteure bei der Durchführung der Maßnahmen – den Dialog stärken“. Dazu können „Möglichkeiten wie zum Beispiel Konsensrunden oder Beiräte genutzt bzw. installiert werden.“ Die AG „soziale Grundrechte“ in Bochum möchte hingegen noch ein bisschen mehr Demokratie wagen: Sie prüft derzeit ein Bürgerbegehren gegen die kommunale Beteiligung an Ein-Euro-Jobs. www.bo-alternativ.de

Bekenntnis zum Wohnungsbau!

FRANKFURT.A.M. „Mieter helfen Mieter“ fordert das Römerbündnis auf, die Neuplanungen zum Wohnungsbau auf dem Siemensgelände ohne Verzögerungen voranzubringen. Dies muss offenbar gegen die einflussreichen Gegner des Wohnungsbaus (mehr Wohnungen drücken die Preise für Wohnimmobilien) durchgesetzt werden.

Der Nachfragedruck auf dem Wohnungsmarkt ist unverändert hoch. In Frankfurt fehlen mindestens 100.000 Wohnungen, um der Masse der in der Stadt arbeitenden Menschen angemessenen Wohnraum anbieten zu können. Von der Krise im Einzelhandel müsste keine Rede sein, wenn die Entwicklungsflächen insbesondere im ctynahen Bereich für den Wohnungsbau reserviert würden. Der Kaufkraftgewinn durch Einwohner ist höher als durch Pendler. *Frankfurter Info 24/04*

Grundsteuer gegen Flächenverbrauch: WIESBADEN. Im Jahr 2003 hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland um 341 km² zugenommen, das entspricht 93 ha pro Tag. Bis 2020 soll der Wert auf 30 ha/Tag gesunken sein, so das Ziel der nationa-

len Nachhaltigkeitsstrategie. Das Statistische Bundesamt konstatiert einen Rückgang: 2001 lag der Wert noch bei 117 ha/Tag, 2002 bei 105 ha/Tag. Doch als Ursache machen die Statistiker die schwache Konjunktur und die zurückgehenden Bauinvestitionen aus.

„Der Flächenverbrauch muss gezielt reduziert und nicht einfach konjunkturellen Schwankungen überlassen werden“, fordert NABU-Präsident Olaf Tschimpke, dem der Flächenverbrauch noch viel zu hoch ist.

Als ökonomisches Steuerungsinstrument schlägt der Verband eine Gemeindefinanzreform vor: „So könnte etwa eine reformierte Grundsteuer zur wichtigsten Gemeindesteuer werden und gleichzeitig Anreize zur Reduktion des Flächenverbrauchs setzen.“

4,9% der Bodenfläche Deutschlands wird vom Verkehr beansprucht, errechnete das Statistische Bundesamt.

Die Allianz pro Schiene, ein Zusammenschluss von 17 Verbänden, setzt Vergleichszahlen dagegen: In den Niederlanden läge der Wert bei 2,7%, in Österreich bei 0,8%.

www.kommunale-info.de

Mehr Sozialhilfeempfänger: WIESBADEN. Im Laufe des Jahres 2003 erhielten rund 1,6 Mill. Menschen „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Das waren 3,3 Prozent mehr als im Jahr 2002, so das Statistische Bundesamt. Für „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ wandte die öffentliche Hand netto 13,8 Mrd. Euro auf, 5,1 Prozent mehr als 2002. 2003 machten die Ausgaben für die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“. 61 Prozent der gesamten Sozialhilfeauffwendungen aus, 2002 waren es 60 Prozent gewesen.

Für die „Hilfe zum Lebensunterhalt“, die zweite Haupthilfeart der Sozialhilfe, wurden 2003 39 Prozent der Sozialhilfeaustaben aufgewendet. Dem größten Teil der Empfänger (40%) wurde 2003 Hilfe bei Krankheit gewährt. Danach folgte die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (37%) sowie die Hilfe zur Pflege (20%). 650.000 Menschen erhielten Hilfe bei Krankheit, 4 Prozent mehr als 2002.

Der Anteil der Ausländer an den Empfängern lag hier bei 34 Prozent, während er bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 5 Prozent und bei der Hilfe zur Pflege 6 Prozent betrug. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ging an 593.000 Personen; 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Hilfe zur Pflege wurde rund 323.000 Personen gewährt, ein Plus von 3,1 Prozent gegenüber 2002. www.destatis.de

Zusammenstellung: ulj

DGB übergibt 750.000 Unterschriften an Thierse

Arbeitnehmerbegehren zu Ende

Das Arbeitnehmerbegehren war im Sommer dieses Jahres unter dem Eindruck der hohen Beteiligung an Protestaktionen gegen die brutale Sozialpolitik der Bundesregierung gestartet worden. Die Aktion wurde nicht nur vom DGB, sondern auch von den Einzelgewerkschaften breit beworben. Die Bezeichnung „Arbeitnehmerbegehren“ zeigt, welche großen Hoffnungen von den Initiatoren damit verbunden waren, die Bezeichnung lehnt sich an die Vorgänge bei Volksbegehren oder Bürgerentscheiden an, damit wird eine Messlatte der Beteiligung aufgelegt. Eine Dreiviertelmillion ist mit Blick auf die DGB-Mitgliedschaft nicht viel und mit Blick auf die angesprochenen Arbeitnehmer ist es einfach wenig.

Das muss nicht heißen, dass die damit ausgedrückten Anliegen keinen Rückhalt in der Bevölkerung hätten. Wahrscheinlich ist es so, dass auf diese Weise und durch diesen Veranstalter ein solcher Rückhalt gar nicht ermittelt bzw. ausgedrückt werden kann. Mit dem Arbeitnehmerbegehren haben der DGB und die Einzelgewerkschaften versucht, an den Parteien vorbei direkt auf die Regierung einzuwirken. Man könnte fragen, warum nicht? Man könnte antworten, weil die Grundlage gewerkschaftlicher Organisation das Koalitionsrecht der Lohnarbeit im Kampf gegen das Kapital ist. Die Gewerkschaften sind gerade nicht verpflichtet, ihr Verhalten entsprechend den mehr oder weniger wahrscheinlichen Wirkungen auf das Gesamtsystem auszurichten. Sie würden sich auf diesem Wege zum Spiel-

ball der politischen Kräfteverhältnisse machen.

Das Arbeitnehmerbegehren hingegen hat unübersehbar den Charakter eines Parteidoktrinums. Sehr viele seiner Forderungen könnten gar nicht zwischen den Beschäftigten und den Arbeitgebern ausgekämpft werden.

Soll hier der politischen Abstinenz der Gewerkschaften das Wort geredet werden? Im Gegenteil. Die Gewerkschaften sind mehr als berechtigt eingreifen in den Kampf um alle politischen Rahmenbedingungen. Nicht dagegen wird hier argumentiert, sondern gegen den Versuch, die Parteien quasi zu umgehen. Die Strategie des „Arbeitnehmerbegehrens“ muss deswegen von einem Vorgehen z.B. mit „Wahlprüfsteinen“ unterschieden werden, das sich an die Wählerschaft wendet in einer Situation, in der diese zwischen Parteien zu unterscheiden hat. Dementsprechend etwas anderes sind auch gewerkschaftliche Stellungnahmen zu Volks- oder Bürgerentscheiden, die hier in keiner Weise problematisiert werden sollen.

Der Form nach war das Arbeitnehmerbegehren noch am ehesten eine Petition, d.h. die Bitte Rechtloser. Manches spricht dafür, dass es sich auch um eine fraktionelle Auseinandersetzung innerhalb der SPD gehandelt hat, um einen Versuch der gewerkschaftlich orientierten Sozialdemokraten den Kurswert ihrer Gedanken in der SPD hochzutreiben. Das ist Spekulation. Sicher ist jedoch, dass die erhobenen Forderungen auf diesem Wege nicht gestärkt wurden, sondern eher geschwächt. (maf)

Dokument 1: Presserklärung des DGB vom 25.11.2004

750.000 Unterschriften für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Mit der Übergabe von einer dreiviertel Million Unterschriften an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse haben die Gewerkschaften die Unterschriftenaktion im Rahmen ihrer Arbeitnehmerbegehren für Arbeit und soziale Gerechtigkeit erfolgreich abgeschlossen. Bei dem Treffen mit dem Bundestagspräsidenten sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in Berlin: „Das ist eine deutliche Aufforderung an alle Parteien, Wachstum, Beschäftigung und das Ziel der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen.“ Jürgen Peters, Vorsitzender der IG Metall, sprach bei der Übergabe von einem „eindrucksvollen Zeichen aus der Mitte der Gesellschaft. Es gibt politische Alternativen zu einer Politik des Sozialabbaus. Die Menschen wissen das. Und sie erwarten von den Politici-

kern, dass sie diese Forderungen ernst nehmen.“

Mit ihren Unterschriftenaktionen haben die DGB-Gewerkschaften für eine moderne Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Arbeits- und Sozialpolitik geworben. „Dass eine dreiviertel Million Menschen unterschrieben haben, zeigt, wie tief vor allem ehrenamtlich engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die politische Diskussion in tausende Betriebe getragen haben“, sagte Michael Sommer. Für die IG Metall erklärte Jürgen Peters: „Die Menschen erwarten, dass endlich wieder über gesellschaftlichen Fortschritt und nicht länger über Rückschritte diskutiert wird.“

Im Zentrum der Unterschriften standen Forderungen für eine moderne, zeitgemäße Politik, die →

- umweltverträgliches Wachstum fördert,
- die Arbeitslosigkeit bekämpft,
 - soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Männer und Frauen schafft,
 - gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung der Menschen ausbaut und
 - den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Mit der Übergabe an den Bundespräsidenten verbinden die Gewerkschaften die Erwartung, dass in den Fraktionen die Forderungen von mehreren hunderttausend Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden. Sommer und Peters begrüßten, dass Wolfgang

Thierse eine entsprechende Initiative ergreifen wird. Die Parteien forderte der DGB-Vorsitzende auf, sie sollten überprüfen, ob die beschlossenen Reformen überhaupt geeignet sind, die Ziele Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit miteinander zu verbinden. Mit der Übergabe der Unterschriften ist die Initiative des Arbeitnehmerbegehrens abgeschlossen. Nicht beendet ist das gewerkschaftliche Engagement für eine Politik, die das Leben und die Arbeit der Menschen wirklich verbessert und sich dann zu Recht Reformpolitik nennen kann. Jürgen Peters: „Wir werden die politische Diskussion in den Betrieben fortsetzen.“

Arbeitsplätze verdrängt. Durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und Leistungskürzungen werden Arbeitslose zum Lohndumping gezwungen.

Scheinalternativen und Sozialabbau pur!

CDU/CSU und FDP wollen aus dem Unmut über die Regierungspolitik politisches Kapital schlagen. Ihre Alternative: Sozialabbau pur. Noch schärfere, noch tiefere Einschnitte in das soziale Netz.

Durch die „Bierdeckelkonzepte“ zur Steuerver einfachung von Merz und Co. würden nur Großverdiener gewinnen. Bezieher von geringeren Einkommen und die öffentlichen Haushalte hätten das Nachsehen. Doch Bund, Länder und Gemeinden brauchen Geld, um ihre Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen zu können.

In der Gesundheitspolitik wollen Merkel, Stoiber und Westerwelle den Systembruch: Der Solidarausgleich zwischen Einkommensschwachen und Beserverdienenden soll abgeschafft und die Arbeitgeber sollen zunehmend von der Finanzierung der Krankenkassen freigestellt werden.

Und bei Arbeitszeiten und Niedriglöhnen lautet das Motto: „Schlimmer geht's immer!“

Es gibt Alternativen!

Wir brauchen eine soziale Politik, die umweltverträgliches Wachstum fördert, Arbeitsplätze schafft, Teilhabe und Mitbestimmung ausbaut und den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt. Wir brauchen Reformen, die diesen Namen verdienen, die solidarisch sind, die uns nach vorne bringen.

Die Gewerkschaften haben immer wieder Vorschläge gemacht:

Zum Beispiel in der Steuerpolitik: Es geht um mehr Gerechtigkeit und Transparenz!

Die Besitzer großer Vermögen müssen wieder zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Sie dürfen sich nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen. Wir wollen, dass breite Schultern mehr tragen als schmale. Wir wollen eine Steuerreform, die das Steuersystem gerechter und durchschaubar macht; und die den öffentlichen Haushalten die Finanzierung der notwendigen Aufgaben ermöglicht.

Wir fordern z.B.:

- gerechtere Steuertarife. Dies könnte durch einen Grundfreibetrag von 8.000 Euro, einen Eingangssteuersatz von 15 Prozent und einen Spaltensteuersatz von zumindest 45 Prozent geschehen;
- die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften ab 500.000 Euro;
- Steuerfreiheit für Zuschläge auf Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit erhalten;

Dokument II: Der Text des Begehrens (www.arbeitnehmerbegehren.de)

Reicht's? – Wir haben Alternativen!

Deutschland im Jahr 2004:

Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos. Tatsächlich fehlen rund sieben Millionen Arbeitsplätze. Über 500.000 Jugendliche finden keinen Einstieg in das Berufsleben. Viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind in einem miserablen Zustand.

Der Konjunkturmotor stottert und kommt nicht in Fahrt, weil die Nachfrage im Inland und die Kaufkraft schwächeln – nicht nur die der Arbeitnehmer, auch die der Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Knapp ein Prozent der Haushalte verfügt insgesamt über mehr als 25 Prozent des Geldvermögens. Über 50 Prozent der Haushalte dagegen kaum über mehr als 5 Prozent. Die sozialen Gräben in der Gesellschaft werden tiefer.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern.

Wir engagieren uns für eine andere, eine soziale Politik:

- die umweltverträgliches Wirtschaftswachstum fördert,
- Arbeitslosigkeit bekämpft,
- die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Männer und Frauen schafft,
- die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung der Menschen ausbaut
- und die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Mit Volldampf in die Sackgasse

Die Politik der Neoliberalen und Konservativen setzt auf Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben. Die Folge: Die Armen werden immer ärmer – die Reichen immer reicher. Und Rot-Grün hält nicht dagegen. Im Gegenteil. Die Bundesregierung hat die Steuern massiv gesenkt. Doch entlastet werden vor allem die oberen Einkommen und Unternehmen. Allein durch die Senkung des Spitzensteuersatzes werden

dem Einkommensmillionär 2005 mehr Steuern geschenkt als der Normalarbeiter jährlich verdient, nämlich 67.000 Euro.

Auch in der Gesundheitspolitik geht es zu unseren Lasten: Zahnersatz und Krankengeld zahlen wir zukünftig allein. Hinzu kommen heute schon höhere Zuzahlungen und 10 Euro „Eintrittsgeld“ beim Arzt.

Bei der Rente heißt es zukünftig: Weniger Geld im Alter durch den „Nachhaltigkeitsfaktor“, durch volle Beiträge zur Pflegeversicherung und durch volle Krankenversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten. Selbst die Rente ab 67 ist noch nicht vom Tisch.

Bei der Arbeitszeit soll das Rad der Geschichte zurückgedreht werden: 40 oder gar 42 Stunden in der Woche. Die Zaubерformel lautet: „Länger arbeiten – am besten unbezahlt!“ Da gehen öffentliche und private Arbeitgeber Hand in Hand, und da finden sich Befürworter aus dem rot-grünen wie aus dem schwarz-gelben Lager. Kaum zu glauben: Diejenigen, die Arbeit haben, sollen noch länger arbeiten, während Millionen Arbeitslose keine Beschäftigung finden.

Die Arbeitsmarktreformen stecken in der Sackgasse. Ihre Umsetzung stößt auf organisatorische Schwierigkeiten und die Richtung ist falsch. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors, eine stärkere Lohnspaltung und die Senkung des Lohnniveaus soll angeblich die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Die traurige Realität: Sozialabbau erleben wir seit langem, aber Arbeitsplätze wurden dadurch nicht geschaffen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird für rund 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen mit dramatischen finanziellen Einbußen verbunden sein.

Durch „Ich-AGs“, Minijobs und Leiharbeit werden existenzsichernde Ar-

- die Schließung von Steuerschlupflöchern und die Verhinderung von Steuerflucht;
- europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen, um Steuerdumping zu verhindern.

Zum Beispiel in der Gesundheitspolitik:
Wir sind für eine solidarische Bürgerversicherung!

Wir brauchen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu bezahlbaren Beiträgen, paritätisch finanziert – von Allen und für Alle.

Wir fordern z.B.:

- alle Erwerbstätigen sollen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden – auch Selbstständige und Beamte;
- mehr Solidarität bei der Finanzierung der Krankenversicherung: Wer mehr verdient, kann auch höhere Beiträge zahlen;
- eine „Positiv-Liste“, damit nur wirtschaftliche und wirksame Arzneimittel durch die Solidargemeinschaft der Krankenversicherten finanziert werden;
- den Ausbau eines Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Krankheiten vorbeugt.

Zum Beispiel Alterssicherung: *Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung und die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung!*

Wir brauchen eine gesetzliche Rente, die Altersarmut verhindert und den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Paritätisch finanziert von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wir fordern z.B.:

- die Einbeziehung aller Selbstständigen, Freiberufler und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung;
- der Bundeszuschuss darf nicht gekürzt werden;
- die betriebliche Altersversorgung muss gestärkt werden;
- keine Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre.

Zum Beispiel Arbeitszeit: *Wir brauchen keine längeren, sondern humanere Arbeitszeiten!*

Wir brauchen mehr Arbeitsplätze. Arbeitsplätze entstehen durch mehr Kaufkraft, mehr Innovationen und durch Flexibilität.

Wir fordern z.B.:

- Erhalt und Ausbau der Tarifautonomie, damit die Tarifparteien beschäftigungsfördernde Arbeitszeiten vereinbaren können;
- ein Arbeitszeitgesetz, das vor beliebiger Arbeitszeitverlängerung schützt;
- Schutz von Arbeitszeitkonten bei Firmenpleiten.

Zum Beispiel Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: *Wir brauchen höhere Investitionen, mehr Qualifizierung und müssen die Nachfrage stärken!*

Wir brauchen eine aktive Beschäftigungspolitik, die private und öffentliche Nachfrage und damit das Wachstum stärkt. Wir brauchen keine verschärften Zumutbarkeitsregelungen und Niedriglöhne. Wir wollen qualifizierte Arbeitsplätze mit Arbeitnehmerrechten und ausreichenden Einkommen.

Wir fordern z.B.:

- ein europaweit abgestimmtes Investitionsprogramm für Kindergärten, Schulen, Hochschulen, für die Modernisierung der Energie- und Wasserversorgung sowie den öffentlichen Nahverkehr;
- den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsseinrichtungen für Kinder;
- qualifizierte Ausbildungsplätze für Alle: „Wer nicht ausbildet, soll zahlen!“;
- stärkere finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand an Weiterbildungsmaßnahmen;
- Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung;
- erleichterten Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen der Agenturen für Arbeit;
- Zumutbarkeitsregelungen, die für Arbeitslose Tariflöhne, zumindest aber ortsübliche Löhne, gewährleisten;
- Einkommen, die zum Leben reichen.

Ich unterstütze das Arbeitnehmerbegren für eine soziale Politik:

Wir brauchen mehr umweltverträgliches Wachstum, mehr Beschäftigung, mehr Chancengleichheit und mehr sozialen Zusammenhalt. Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten sind der falsche Weg. Sie führen zu mehr sozialer Ungerechtigkeit und verschärfen die wirtschaftlichen Probleme statt sie zu lösen. Alternativen zur Politik von Rot-Grün, aber auch zu den Kahlenschlagkonzepten von Schwarz-Gelb sind machbar und überfällig. Deshalb unterstütze ich das Arbeitnehmerbegren für eine soziale Politik.

Wir fordern:

- Ein gerechteres, einfacheres und ergebnisgerichtetes Steuersystem – mit einer Vermögensteuer, die große Vermögen ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt!
- Statt Praxisgebühren und Rentenkürzungen – eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und bei der Alterssicherung!
- Die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung!
- Mehr Investitionen und soziale Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung!
- Statt Arbeitszeitverlängerung – humane Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit für Männer und Frauen!
- Statt Niedriglöhnen, verschärften Zumutbarkeitsregelungen und weniger Leistungen für Arbeitslose – mehr Kaufkraft und Einkommen, die zum Leben reichen!

BDI und BDA kritisieren CDU.

HB, Mo., 15.11.04. Seit Monaten kritisieren der Bundesverband der deutschen Industrie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit A. Merkels (CDU-Vorsitzende) bei der an sich für gut befundenen Reformpolitik der CDU. Sie werfen der CDU insgesamt vor allem mangelnde Entschlossenheit beim Subventionsabbau vor. Auf harte Ablehnung stößt im Unternehmerlager der Kompromiss in der Union zur Gesundheitspolitik. Hier wird vor allem kritisiert, dass die Gesundheitskosten nun doch nicht durch Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags an die Versicherten vom Lohn abgekoppelt werden sollen.

Metall-Arbeitgeber fordern Nullrunde für mehrere Jahre. Die Zeiten regelmäßiger Lohnerhöhungen sind nach Einschätzung der Metall-Arbeitgeber in Deutschland vorbei. Das könnte nach den Worten von Gesamtmetall-Präsident M. Kannegießer auch schon die in der Metallindustrie für 2005 vereinbarte Lohnerhöhung von 2,7 % betreffen. Die Lohnkosten seien zu hoch, die Wachstumsraten sänken, der Wettbewerb werde schärfter, so Kannegießer zur Begründung.

Dienstleistungsgewerbe leidet laut DIHT unter Reformdebatte. *Mi., 17.11.04.* Reformdiskussion in fast allen Bereichen des Sozialsystems verunsichert Verbraucher und führt zu konsumtiven Attentismus (abwartende Haltung), den auch weite Teile des Dienstleistungssektors zu spüren bekämen, so M. Wansleben (DIHT). Die Politik forderte erauf, dies Warnzeichen zu verstehen als „Aufforderung, klare Konzepte für tief greifende Reformen noch vor der Bundestagswahl 2006 vorzulegen“.

BDI kritisiert Brüsseler Kompromiss zur Mitbestimmung. *Fr, Sa., 27.11.04.*

Wenn sich Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten aus mehreren Staaten miteinander verschmelzen wollen, müssen lt. dem in Brüssel entschiedenen Kompromiss zuerst Verhandlungen über das künftige Mitbestimmungsniveau in der neuen Firma geführt werden. Falls dabei kein Einvernehmen erzielt werden kann, greift das anspruchsvollere Beteiligungsniveau des Landes, das zu mindestens 33 % an der Belegschaft beteiligt ist. M. Rogowski (BDI) kritisierte scharf: Bei Unternehmenszusammenschlüssen mit mehr als 33 Prozent deutscher Belegschaft würde im Ergebnis die deutsche Mitbestimmung zwangsweise in die fusionierte Gesellschaft exportiert. Die Folge sei, dass deutsche Unternehmen als europäische Fusionsspartner unattraktiv blieben.

Presseauswertung: rst

Die PDS NRW beteiligt sich an den Landtagswahlen am 22. Mai 2005. Das ist das mit

großer Mehrheit beschlossene wichtigste Ergebnis des PDS-Landesparteitages, der am 27. November in Essen stattfand. Nach der Grundsatzentscheidung verabschiedeten die rund 110 stimmberechtigten Teilnehmer/-innen einen Leitantrag zur Landtagswahlbeteiligung sogar einstimmig bei nur wenigen Enthaltungen. Er sieht eine Beteiligung der PDS mit einer offenen Listen vor.

„Nach gründlicher Diskussion, auch aller Risiken sowie organisatorischer Probleme, überwiegen für uns die Gründe, uns an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen als eigenständige Kraft, die offen ist für andere linke und fortschrittliche Kräfte, zu beteiligen,“ erklärte Landessprecher Paul Schäfer. „Wir wollen den Agenda 2010 Parteien aus SPD und Grünen, CDU und FDP eine moderne, linke und soziale Alternative entgegenstellen. Arbeit und Menschenwürde, die Erneuerung und der Umbau der öffentlichen Daseinsfürsorge sowie ein wirklich demokratische Bildungsreform, die Schulen und Universitäten umfasst, sind für uns keine Wahlkampffloskeln. Außerdem wollen wir als PDS NRW ein deutliches Zeichen gegen die rechtsextremen Parteien wie NPD, DVU und Republikaner setzen und ihren Einzug in das Landesparlament mit verhindern.“

Für den PDS-Parteivorstand nahm Wolfgang Gehrcke am Landesparteitag der PDS NRW teil. Für Brandenburg, das „Partner-Land“ Nordrhein-Westfalens, der dortige Landeschäftsführer Thomas Norden. Beide sicherten der PDS NRW die Unterstützung der Bundespartei bzw. der ostdeutschen Landesverbände zu.

Die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), die ebenfalls zu den Landtagswahlen antreten will, hatte ein Gesprächsangebot bereits im Vorfeld des Parteitages abgelehnt.

Lothar Bisky erklärte auf der 1. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Thüringen am 28. November 2004: „Um unsere Kräfte zu konzentrieren, brauchen wir eine effektivere Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden. Ich möchte, dass Bodo Ramelow eine führende Rolle im Wahlkampfteam einnimmt. Wir müssen auch den Mut zu neuen Schritten haben. Wir sind dabei, das ganze Karl-Liebknecht-Haus für den Wahlkampf fit zu machen.“

Gestern haben unsere Genossinnen und Genossen in Nordrhein-Westfalen auf ihrem Landesparteitag mit großer

Mehrheit beschlossen, an der Landtagswahl im Mai 2005 teilzunehmen. Sie dabei nach Kräften zu unterstützen, das ist eine Aufgabe für die gesamte Partei! Als Partei der sozialen Frage und der demokratischen Alternativen: so sollten wir erkennbar sein, so werden wir 2006 Erfolg haben. Es geht um die Chance über den Wahltag hinaus, die die PDS als sozialistische Partei der Bundesrepublik Deutschland braucht, damit es einen Richtungswechsel in der Politik und der Gesellschaft geben kann.“

Mindestlohn nicht auf die lange Bank schieben. Zu Medienberichten, nach denen sich Gewerkschafts- und SPD-Spitze geeinigt haben, die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne vor der Bundestagswahl nicht mehr anzustreben, erklärt Harald Werner, gewerkschaftspolitischer Sprecher:

„Der gesetzliche Mindestlohn darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Mit Hartz IV droht eine weitere Absenkung im Niedriglohnbereich mit allen fatalen Folgen für die Betroffenen, die sozialen Sicherungssysteme und die Binnenkaufkraft. Wer da wirklich gegensteuern will, wird um einen Mindestlohn nicht herumkommen, wie es ihn in zahlreichen Ländern der EU gibt, ohne dass dort die Wirtschaft zusammengebrochen ist, wie von den deutschen Mindestlohn-Gegnern suggeriert wird. Wenn sich SPD- und Gewerkschaftsspitze vorerst davon verabschieden, ist das für SPD-Chef Müntefering und DGB-Chef Sommer nach der Ausbildungsplatzumlage bereits der zweite Rohrkrepierer. Ihr Einknicken vor Clement geht auf die Rücken der Betroffenen: der Ausbildungsplatzsuchenden und der von Hartz IV Betroffenen. Der Versuch, nun wenigstens die Zumutbarkeitskriterien an die ortsüblichen Tarifverträge zu binden, ist vor dem Hintergrund der Konzentration des ‚Förderns‘ auf Ein-Euro-Jobs eher hilflos.“

Das niedersächsisches PDS-Landesinfo veröffentlichte nachfolgendes Kurzinterview mit dem Ehrenvorsitzenden der PDS Hans Modrow.

Herzlichen Glückwunsch Hans, zu Deiner Wahl als Delegierter der PDS zum Parteitag der Europäischen Linken (EL). Wie siehst du die Entwicklungsperspektiven für die EL und wie soll dein Beitrag dazu aussehen?

Die Probleme der europäischen Linken sind mir nicht neu – über Jahrzehnte haben sie mich beschäftigt. Als die Debatten über den Eurokommunismus liefen, war ich im Bezirk Dresden der SED tätig und die KP in Florenz und Strasbourg waren unsere Partner. Damals lernte ich schon Francis Wurtz,

den heutigen Vorsitzenden der Fraktion der GUE/NGL, kennen. Wir haben im besten Sinne des Wortes gestritten und wir sind dabei Freunde geworden und geblieben. Während sich andere sehr um die osteuropäischen Parteien im Prozess der Gründung der EL bemühten, versuchte ich westeuropäische Parteien und die AKEL auf Zypern dafür zu gewinnen. Seit mehr als fünf Jahren bin ich dazu im Kontakt und im März 2003 fand auf meine Initiative in Brüssel ein Gespräch statt, aus dem weitere Anstöße zur Gründung einer EL entstanden sind. Wenn die AKEL, die KPBM und die KP der Slowakei bisher noch Beobachter sind, zeigt sich darin, wie viel Anstrengungen im Prozess der Entwicklung der EL von beiden Seiten – der EL und der verschiedenen Parteien – noch notwendig sind. Aus Problemen, wie sie beim Gründungsprozess in Rom aufgetreten sind, gilt es dabei ernste Lehren zu ziehen.

Der 1. Parteitag der EL ist noch nicht einberufen – bisher gibt es nur Einigkeit über seine Durchführung. Tagesordnung, Ort und Zeit sind noch offen. Das Manifest zur Gründung, die Satzungen und die Finanzierung stehen noch zur Debatte. (...)

Auf dem Bundesparteitag ist der Antrag zu deinem Exposé beschlossen worden. Was ist deine Erwartung an den neu gewählten PV und die Basis der PDS diesbezüglich für die nächsten Monate und die weitere Arbeit der Partei?

Mir war schon vor dem Parteitag bewusst, wie schwer es ist, Denkanstöße zur Nachdenklichkeit über die Lage der Partei und für ihre weitere Entwicklung zu geben.

(...) Der Parteitag hat einen Auftrag erteilt, der an den Parteivorstand gerichtet ist, und wie er nun damit umgeht, ist nicht meine, sondern ist die Sache aller Delegierten. Meine Bereitschaft, den Parteivorstand aktiv zu unterstützen, ist nicht neu, es hat sie in Wort und Tat immer gegeben.

Was die Basis betrifft, hoffe ich auf eine lebendige, nachdenkliche und angeregte Diskussion. Sie soll an der Basis geführt werden, also auch jene einzubeziehen, von denen im Exposé die Rede ist.

Bei der Begründung meines Antrages habe ich hervorgehoben, dass eine offene, kritische Debatte auch in der PDS, schon wieder Mut erfordert. So habe ich sowohl starke Ablehnung zu meinen Denkanstößen gehört als auch viel Zustimmung erfahren.

Mir ist also sehr bewusst, wie umstritten die Dinge sind. Es liegt nun auch an der Parteibasis, wie sie damit umgehen wird. (...)

Zusammenstellung: jöd

„Leitkultur“ und „Parallelgesellschaft“ contra „Multikulti“

Diskussionen in Deutschland über Fragen von Migration und Asyl fänden oft fernab von Sachargumenten statt, seien überlagert von ideologischen und politischen Mythen und Ressentiments. Wie berechtigt die kürzliche Klage des migrationspolitischen Sprechers des DGB-Bundesvorstands Volker Rossocha ist, zeigt ein Blick in die Tagespresse. Da verkündet die CDU-Vorsitzende Merkel das Scheitern von „Multikulti“, weil ein einzelner fanatischer Mensch muslimischen Glaubens einen Filmregisseur in den Niederlanden ermordet hat. Als hätten sie nach den Wahlerfolgen von NPD und DVU nur auf eine Gelegenheit gewartet, um völkisches und rassistisches Zeugs zu verbreiten, schlagen christdemokratische und christlich-soziale, aber auch sozialdemokratische Politiker wie auf Kommando gegen alles los, was als „fremd“ und „islamistisch“ verteufelt werden kann.

Hetze gegen Islam, „Multikulti“ und „Parallelgesellschaften“

Für die CDU-Vorsitzende Merkel ist Multikulti „total gescheitert“. Alt-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) erklärt alle Gastarbeiter der 60er Jahre bis heute zu Vertretern „fremder Kulturen“, die ins Land zu lassen ein Fehler gewesen sei. Peter Glotz, ehemals SPD-Generalsekretär unter Willy Brandt und bei der Kampagne für ein „Zentrum gegen Vertriebungen“ in den letzten Jahren bereits als eifriger Mitsstreiter am rechten Rand aktiv, pflichtete Schmidt sofort bei. Ihr Parteifreund, der Berliner Bezirksbürgermeister von Neukölln mit dem schönen deutschen Namen Heinz Buschkowsky, verkündet derweil: „Der Traum von Multikulti ist aus“. Obwohl in seinem Bezirk überwiegend türkische und kurdische Migranten leben, meint der SPD-Bürgermeister, die Imame in seinem Bezirk predigten „wie in Saudi-Arabien, schließlich sind sie in Saudi-Arabien ausgebildet worden“, und verkündet: „Ob der Islam nach Europa gehört, darüber sollen andere reden“. (Spiegel Online, 26.11.04)

Die „anderen“ reden darüber nicht lange. Sie handeln schon und zünden Moscheen an – in den Niederlanden und inzwischen auch hier.

Kein Wunder, wenn der Brandenburger Innenminister Schönbohm, in seiner Amtszeit als Berliner Innensenator vor zehn Jahren einer der Erfinder der Forderung nach einer deutschen „Leitkultur“, im Interview mit der Berliner Zeitung (24.11.04) verbreitet, Forderungen der neonazistischen DVU wie die nach „Begrenzung des Ausländeranteils, Stopp dem zunehmenden Ausländerzu-

strom, Beschleunigung von Asylverfahren, Ausweisung von kriminellen Ausländern“ seien „inzwischen sicher Allgemeingut ... Nur, das ist alles in einem Rechtsstaat nicht so einfach.“

Wenn das der Unterschied zwischen Neonazis und offizieller Politik ist – im Ziel einig, aber in einem Rechtsstaat ist das „nicht so einfach“ – dann gute Nacht. Die offizielle Politik macht wieder einmal den Stichwortgeber für braune Totenschäger und Brandstifter.

Mit Unterschieden leben – gleiche Staatsbürgerrechte erkämpfen

„Wir müssen lernen, mit kulturellen Unterschieden zu leben, und zwar auf beiden Seiten“, fordert demgegenüber Klaus Bade (Spiegel Online, 24.11.04). Der 60-Jährige ist Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) und stellvertretender Vorsitzender des Zuwanderungsrats der Bundesregierung. Das Niveau der derzeitigen Debatte sei auf Fußhöhe, man müsse aufpassen, um nicht draufzutreten, schimpft er. „Leitkultur“ und „Parallelgesellschaft“ seien „lebende Leichenname“, die jetzt wieder hervorgeholt würden. In Wirklichkeit solle man endlich anerkennen, dass „Little Istanbul“ in Berlin oder anderswo nichts anderes sei als „Little Germany“ in den USA zu früheren Zeiten – Ergebnisse von Migrationsprozessen, die erst dann problematisch würden, wenn sie mit sozialen Problemen überladen seien. „Bei uns sind die Einwandererviertel meist ethnisch gemischt, der Rückzug ist sozial bedingt und eine Doppelung von Institutionen fehlt. Die Parallelgesellschaften gibt es in den Köpfen derer, die Angst davor haben: Ich habe Angst, und ich glaube, dass der andere daran schuld ist. Wenn das ebenso simple wie gefährliche Gerede über Parallelgesellschaften so weitergeht, wird sich die Situation verschärfen.“

Auch die Forderung nach Imamen, die die deutsche Sprache sprechen, sei ein Beispiel für derart absurde Debatten. „Vor vielen Jahren haben Moslems gefordert, in Deutschland Imame auszubilden – das wurde abgelehnt. Wir haben eine Menge Chancen verpasst, weil wir die Realität nicht sehen wollten“ – nämlich, dass die Bundesrepublik schon lange Einwanderungsland ist. Auch die immer noch fehlende Einbürgerung vieler Migranten – ein Ergebnis der Hetzkampagne von CDU und CSU vor fünf Jahren und dem Einknick der Bundesregierung vor dieser Kampagne – verschärfe die Probleme, so Bade. In



den USA gebe es längst ein „ethnical vote“ – die Aufmerksamkeit von Politik für die Stimmen von Migranten bei Wahlen. „Wenn hier die meisten Türken eingebürgert und damit wahlberechtigt wären, würde auch nicht mehr so diskutiert wie heute.“

Stimmen aus der Migration

Im Folgenden dokumentieren wir drei Äußerungen zu der aufgewühlten Debatte um „Leitkultur“, „Parallelgesellschaften“, „Islam“ und „Multikulti“ aus der Migrationsszene.

Der Jüdische Kulturverein kümmert sich in Berlin vor allem um jüdische Menschen aus der früheren Sowjetunion, die in den letzten Jahren aufgrund bilateraler Abkommen und aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen in die Bundesrepublik einwandern konnten und sich jetzt hier mit zahlreichen Integrationsproblemen herumschlagen.

Der Sprecher der Münchner Muslime dokumentiert eine Position, wie sie von zahlreichen muslimischen Organisationen in den letzten Jahren immer wieder eingenommen wurde. Viele muslimische Gemeinden in Berlin – und auch anderswo – veranstalten inzwischen jedes Jahr einen „Tag der offenen Tür“ und andere Aktivitäten, um Menschen nicht-muslimischen Glaubens mit muslimischen Einrichtungen und den dort praktizierten religiösen Andachten usw. vertraut zu machen.

Die Alevitische Gemeinde in Köln schließlich vertritt eine muslimische Richtung, die auch in der Türkei heftig kämpfen muss um die Anerkennung ihres Glaubens. Das berüchtigte „Massaker von Sivas“ vor knapp 20 Jahren, als schiitische Fanatiker vor den Augen der türkischen Sicherheitskräfte ein Hotel anzündeten, in dem eine alevitische Tagung stattfand, ist in alevitischen Kreisen noch in furchtbare Erinnerung. Viele Aleviten flohen deshalb damals nach Deutschland und leben seitdem hier.

Wenn drei so verschiedene Richtungen und Vereine von Migranten sich so energisch und unmissverständlich gegen die derzeitige Hetzkampagne der großen Parteien äußern, ist das ein ermutigendes Signal.

rül

Wider die Islamophobie

Zunehmend scheinen Antisemitismus und Islamophobie zwei Seiten jener Medaille zu sein, in die stereotypes Handeln und neues Unverständnis mit großen Lettern eingraviert sind. Es gibt keine rational nachvollziehbare Erklärung für die aktuelle Hysterie, die gezielt und ohne Rücksicht auf Verluste gegen Muslima und Muslime aller Länder, Sprachen, kultureller und sozialer Identitäten geschürt wird.

Wer so zündelt, riskiert eine Feuerbrunst. Wir wollen das nicht!

Was treibt Mächtige in der Politik, was veranlasst manche Medien zu einer Kampagne, an deren Ende es nur Verlierer geben wird? Was nährt das Zerrbild vom Nachbarn?

Unübersehbar, und das ist u.E. das Grundübel, benachteiligen soziale Verhältnisse die geduldeten wie hier beheimateten Mitglieder der muslimischen Gemeinschaften und jene, die von Außenstehenden dafür gehalten werden. Dumpf und zerstörerisch wird eine Islam-Feindschaft hoffähig geredet und der Irrweg in einen Anti-Islamismus geblendet.

Wir erinnern daran, wann und wie aus religiöser oder ökonomischer Judenfeindschaft mörderischer Antisemitismus geworden ist. Das macht uns misstrauisch gegen jede selbstgefällige Polemik, die den Islam und mit ihm die gesamte muslimische Gemeinschaft zur verdeckt sprudelnden Quelle jenes brutalen extremistischen Terrors erklärt, der gerade auch gegen unser Volk gerichtet ist. Gegen diesen haben wir uns auch mit Muslimen verbündet.

Jahrzehnte sind ohne ein erkennbares gesellschaftliches Interesse an anderen Lebenswelten verstrichen. Der Dialog im Neben- und Miteinander setzt wissenden und gespürten Respekt voraus. Wir bedauern zutiefst, dass die EU auch mit Deutschlands Stimme nicht dem Vorschlag Spaniens gefolgt ist, den Erwerb von Kenntnissen über die Kulturen der Welt bei der Integration ihrer Vertreter in den jeweiligen europäischen Provinzen für unentbehrlich anzusehen.

Es geht nicht um den Islam in Deutschland. Es muss an die Aufklärung angeknüpft werden. Lessing hat durch seinen weisen Nathan ein deutsches Leitbild der Toleranz geschaffen, auf das wir stolz sein können.

Berlin, 19. November 2004

Für den Jüdischen Kulturverein Berlin e.V. : Dr. Irene Runge, 1. Vorsitzende; Ralf Bachmann, Vorstandsmitglied; Igor Chalmiev, Integrationsbeauftragter

Muslime gegen Gewalt und Terror

**Ansprache auf einer Kundgebung in der
Münchner Innenstadt am 30. Oktober 2004.**

*Es-Salamu Aleikum
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Es-Salamu Aleikum
Liebe Münchnerinnen und Münchner,
Es-Salamu Aleikum
Liebe Freunde des Islam,*

Ich grüße Sie alle mit dem Grußwort der Muslime. Ich wünsche Ihnen Frieden und Gottes Segen. Der Muslim, dessen Aufgabe es ist, Frieden auf Erden zu stiften, wird heute beschuldigt, diesen Frieden zu zerstören. Der Muslimrat München übernimmt die Schirmherrschaft dieser Initiative zweier Münchner Muslima, die mit der heutigen Kundgebung ein Zeichen gegen Gewalt und Terror setzen wollen. Wir setzen hiermit unsere Bemühungen für ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander der Angehörigen aller Religionen und Nationalitäten in München fort.

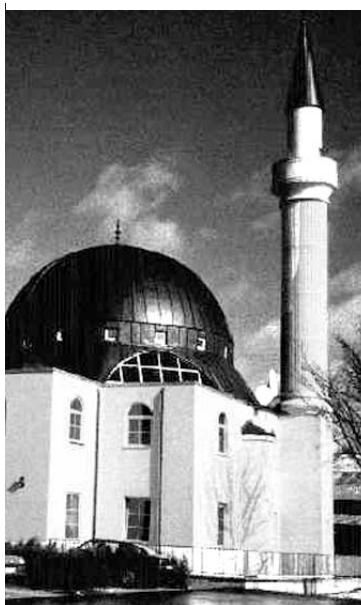
Der Muslimrat München und mit ihm alle Münchner Muslime lehnen Gewalt als Mittel der Durchsetzung persönlicher, gesellschaftlicher oder politischer Ziele ab. Wir Münchner Muslime verurteilen den Einsatz militärischer Mittel und das Terrorisieren der Zivilbevölkerung mit der daraus resultierenden Kette von Gewalt und Gegengewalt, von Hass, Bitternis und Verzweiflung. Menschen, die über Jahre Gewalt

ausgesetzt sind, werden erniedrigt, entreicht, ihrer Freiheiten und ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Seit Jahren erfahren die Menschen in Palästina, im Irak, in Tschetschenien, in Afghanistan und anderswo die Folgen fortgesetzten Terrors. Sie müssen um ihr Leben, ihr enteignetes Land, ihre von der Zerstörung bedrohten Häuser und ihre Würde fürchten.

Gewaltaktionen, wie das verbrecherische Attentat in Madrid vom März dieses Jahres, sind die Taten einzelner Irregeleiteter oder verbrecherischer Organisationen. Sie können weder aus der islamischen Lehre noch aus der islamischen Tradition gerechtfertigt werden. Sie haben auch ganz und gar nichts mit dem legitimen Widerstand gegen die Besatzung zu tun. Gezielter Terror gegen unschuldige Opfer ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Anschläge, die von so genannten Islamisten verübt werden, haben nicht im Geringsten mit dem Islam zu tun.

Wir möchten hier und heute ganz unmissverständlich zum Ausdruck bringen, dass jede Art von Terror und Gewalt gegen Zivilisten bzw. unschuldige Menschen vom Islam in keiner Weise legitimiert wird. Gewalt gegen Zivilisten kann keine Methode sein, eigene Probleme zu lösen bzw. die Weltöffentlichkeit auf sie aufmerksam zu machen. Egal in welcher Richtung des Islam (sunnitisch oder schiitisch). Aus dem Koran oder der Sunnah des Propheten kann niemand Terror und Gewalt gegen Zivilisten, Frauen, Kinder, alte und unschuldige Menschen begründen. Kein Muslim kann behaupten, dass durch Töten von unschuldigen Menschen Allahs Wohlwollen zu gewinnen ist. Allahs

Moscheen (Bild: Lauingen) sind häufig Orte verschiedenster sozialer und auch Bildungsaktivitäten, z.B. werden Deutschkurse oder Computerkurse organisiert



Wohlwollen wird nur dadurch gewonnen, die Schönheit des Glaubens anderen Menschen zu zeigen und ihre Herzen zu gewinnen.

Das Toleranzgebot und der Schutz von Andersgläubigen, die seit dem Propheten Muhammad im islamischen Glauben fest verankert sind, haben die Kulturen der damaligen Welt vor dem Niedergang bewahrt. Sie haben ein offenes multikulturelles Klima geschaffen, dem wir die Bewahrung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes der alten Welt verdanken. Im Gegensatz hierzu steht das getrübte Bild des Islams in Europa seit den Kreuzzügen. Es wird von Angst- und Fremdheitsklischees geprägt.

Der Terror entbehrt jeder Grundlage im Islam. Hier sind Muslime in erster Linie Opfer des Terrors, nicht aber Täter. Der Terror ist rein politischer Natur. Wenn Terroristen den Namen des Islams verwenden, für ihre Sache zu werben und Unterstützung zu finden, besteht kein Grund, den Islam bzw. die Muslime in der ganzen Welt dafür verantwortlich zu machen. Hauptursache dafür sind die fortgesetzten Angriffe auf die Zivilbevölkerung durch die Militärmaschinerie der USA und Israel. Wer das nicht sehen, verurteilen und etwas dagegen tun will, macht sich schuldig.

Wir halten es für verantwortungslos und hetzerisch, wenn immer wieder vom „islamischen / islamistischen Terror“ die Rede ist. Terror hat keine Religion. Ihn in die Nähe einer Religion zu bringen und als feste Eigenschaft dieser Religion zu bringen, zeugt von Unkenntnis und Ignoranz. Und es schadet dem sozialen Frieden, angesichts der über drei Millionen Bürger muslimischen Glaubens in Deutschland. Wer dies tut, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er Rassismus und Fremdenhass zündelt und aus dem Nährboden des Antisemitismus schöpft.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Moscheen sind öffentliche Einrichtungen, alle Menschen haben Zutritt. Die Moscheen in München bzw. in Deutschland haben außer der Funktion als Gebetsraum auch die Funktion eines sozialen Treffpunktes mit Einrichtungen wie Kantine, Bücherei, Frisör, etc. Deswegen ist es ungerecht und nicht richtig, die Moscheen und Gebetsräume als Zentren des Terrors darzustellen und anzusehen. Die Moscheen haben jeden Tag „Tag der offenen Tür“. Sie sind jederzeit herzlich eingeladen, vorbeizukommen und hineinzuschauen. Trinken Sie eine Tasse Kaffe oder Tee mit uns. Dafür bedarf es keiner Anmeldung. Sie können sicher sein, dass Sie gastfreundlich empfangen werden.

Wir, Münchner Muslime, sind uns der bevorzugten Lage aller Münchner bewusst, die im Gegensatz zu vielen anderen Menschen in Frieden leben dürfen.

Darum ruft der Muslimrat München die Verantwortlichen, insbesondere auch aus den Bereichen Politik und Medien, dazu auf, alles Erforderliche zu tun, um diesen Frieden zu wahren, zugleich aber auch Besonnenheit walten zu lassen und sich pauschaler Vorverurteilungen zu enthalten.

Wir, die Muslime dieser Stadt, sind Teil der Münchner Bevölkerung. Wir tragen zur Lebendigkeit und erwünschten Vielfalt dieser liebenswerten Metropole bei. Für die meisten von uns ist München die Heimat. Und wir wünschen uns eine Atmosphäre des freundlichen Miteinanders, der Toleranz und der gegenseitigen Achtung, damit München noch offener und herzlicher wird. Das ist Münchner Lebensart. Daran sollten wir – alle Münchner – arbeiten.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen für Ihre Unterstützung durch Ihre Anwesenheit.

Es-Salamu Aleikum.

Sollen islamische Predigten auf Deutsch gehalten werden?



Die Forderung an islamische Prediger, die Predigt auf Deutsch zu halten, wird von den Unionspolitikern erhoben, mit der Erwartung, potentieller Gewalttendenz vorzu-beugen.

Diese Forderung bzw. Erwartung wird aus der Sicht der alevitischen Gemeinde Deutschland aus mehreren Gründen als nicht realistisch und zweckentsprechend angesehen und daher abgelehnt:

1. Der Inhalt der Predigt ist ausschlaggebend, nicht deren Sprache. Wenn die Sprache wichtig wäre, um Gewalttendenzen zu hindern, so hätten wir keine neufaschistische Gewalt in deutscher Sprache in Deutschland gehabt.

2. Predigten in den islamischen Gemeinden auf Deutsch sind z.Z. nicht möglich. Die Prediger sind in der Regel nicht in der Lage, die Predigt in deutscher Sprache vorzubereiten und abzuhalten. Auch der große Teil der Moscheenbesucher ist der deutschen Sprache nicht mächtig. Die Predigt ist erst wirksam, wenn deren Sprache allgemein verständlich ist. In der Predigt spielen auch die Gefühle des Predigers eine wichtige Rolle, die am besten durch die beherrschende Sprache zum Ausdruck gebracht werden kann. Insbesondere sind die Prediger in den DITIB-Moscheen nicht in der Lage, ihre Predigten in deutscher Sprache zu halten, weil sie aus der Türkei entsandt werden und in der Regel in Deutsch nicht geschult sind.

außerdem die Vorurteile bei der deut-

schen Bevölkerung, die Ausländer seien generell gegen die deutsche Sprache. Sie seien nicht bereit, deutsche Sprache zu lernen. Tatsache ist aber, dass der größte Teil der Migranteninnen und Migranten wohl Deutsch lernen will, sie haben jedoch aus familiären und wirtschaftlichen Gründen keine Möglichkeit, Deutschkurse zu besuchen. Die Förderung der Deutschkurse durch das neue Zuwanderungsgesetz ist sicherlich ein wichtiger Schritt nach vorne, um Interessierten die Möglichkeiten zu schaffen, diese Kurse zu besuchen.

4. Diese Forderung reduziert die Gründe der Gewalttendenz auf die Hassprediger. Andere wichtige Punkte wie z.B. die Arbeitslosigkeit, die Bildungsdefizite, die Diskriminierung der Migrantenjugend durch die Rechtsradikalen u.ä. wird durch diese Gewalttendenz verharmlost.

5. Alevitische Geistliche halten ihre Ansprachen und Predigten in den Cem-Gottesdiensten in einer Sprache, die sie selbst und die Besucher der Cem-Häuser beherrschen, nämlich in türkischer Sprache. Vereinzelt kommt es vor, insbesondere bei dem Gottesdienst mit Jugendlichen, dass die Predigt in deutscher Sprache gehalten wird. Egal in welcher Sprache der Cem-Gottesdienst abgehalten wird, die Besucher werden über die alevitische Lehre informiert und über die Gleichwertigkeit der Religionsgemeinschaften z. B. mit dem Spruch „Betrachte 72 Religionsgemeinschaften als gleichwertig“ belehrt.

Wir sehen genauso wie die Politiker die Notwendigkeit von Offenheit und Transparenz von allen Religionsgemeinschaften. Die Realisierung der Transparenz kann aber nicht durch die Sprache hergestellt werden, sondern durch die Transparenz der Inhalte der Predigten. Das kann z. B. durch schriftliche Niederlegung der Predigten – egal in welcher Sprache – gewährleistet werden. Das ist nicht nur nötig, weil die Prediger sich gegen Gewalt aussprechen und einen Beitrag für die Erziehung ohne Gewalt leisten sollen, sondern auch deshalb, weil diese Gesellschaft am Inhalt der islamischen Predigten teilhaben soll. Selbstverständlich wird bei diesem Fall die gemeinsame Sprache Deutsch verwendet werden.

Wir finden den öffentlichen Beitrag der Kirchen z.B. durch „das Wort zum Sonntag“ als einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Leben. Ähnliche Möglichkeit soll auch den Muslimen eingeräumt werden. Wir können als offene Gesellschaft dadurch auch eine Transparenz über die islamischen Predigten schaffen.

Köln, den 16.11.2004

Ismail Kaplan

Bildungsbeauftragter

Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu
Alevitische Gemeinde Deutschland

DGB, PRO ASYL und Dr. Christian Schwarz-Schilling appellieren an Bundestag und Innenministerkonferenz:

Human handeln – den Realitäten Rechnung tragen

Asyl: Breites Bündnis fordert Bleiberecht

Ein breites Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Rechtsanwalts- und Richtervereinigungen, Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen erhebt erneut die Forderung nach einem dauerhaften Aufenthaltsrecht für langjährig geduldete Menschen. Beschliefen kann dies der Bundestag, der gegenwärtig über ein erstes Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz (Ergänzungsgesetz) berät. Auch die Innenministerkonferenz, die sich bei ihrer nächsten Sitzung am 18./19. November 2004 ohnehin mit dem Schicksal verschiedener Flüchtlingsgruppen befassen muss, hat die Möglichkeit, mit einem Bleiberechtsbeschluss endlich den Realitäten Rechnung zu tragen.

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz ist die dauerhafte rechtliche und soziale Ausgrenzung einer ganzen Bevölkerungsgruppe nicht zu beseitigen, so die Teilnehmer der heutigen Pressekonferenz einhellig. Kettenduldungen werden auch künftig als Folge engherziger Gesetze und restriktiver Behördenpraxis an der Tagesordnung sein. Das ist das Ergebnis einer gemeinsamen Analyse der die Duldung betreffenden Regelungen des Zuwanderungsgesetzes, die das Bündnis heute der Öffentlichkeit vorstellte. DGB, PRO ASYL und Dr. Christian Schwarz-Schilling fordern deshalb

eine großzügige und unbürokratische Bleiberechtsregelung, mit der die vielen „Altfälle“ human und pragmatisch gelöst werden können.

Bestätigt sieht sich das Bündnis durch den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, der eine von PRO ASYL, Dr. Christian Schwarz-Schilling und Tausenden von Unterstützenden eingereichte Petition grundsätzlich positiv beschied. Der Petitionsausschuss empfiehlt, die Situation der langjährig Geduldeten in die aktuelle parlamentarische Beratung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze einzubeziehen. Humanitäre Aspekte sollten im Vordergrund stehen. Die Härtefallregelung des am 1. Januar 2005 in Kraft tretenden Aufenthaltsgesetzes sei angesichts der Vielzahl der Betroffenen nicht ausreichend.

Von den rund 217.000 Geduldeten leben mehr als 150.000 seit über 5 Jahren, weitgehend rechtlos und unter erniedrigenden Bedingungen, in Deutschland. Allein 83.000 stammen aus dem früheren Jugoslawien, u.a. dem Kosovo, 14.000 aus der Türkei, 8.000 aus Afghanistan und Vietnam. Die Zahl der geduldeten Syrer (6.300) hat sich in den letzten zwei Jahren nahezu verdoppelt, ebenso die Zahl der geduldeten Iraker (ca. 6.000). Die rigide Asylpraxis führt auch zu einer steigenden Zahl russischer Geduldeter, insbesondere aus Tschetschenien (3.900).

Dr. Christian Schwarz-Schilling, internationaler Streitschlichter für Bosnien und Herzegowina mahnte die Innenminister des Bundes und der Länder, endlich über den Graben zu springen und einen Schlussstrich unter die vielen tragischen Flüchtlingschicksale zu ziehen. Die flüchtlingspolitischen Beschlüsse der Innenministerkonferenz sowie auch das Zuwanderungsgesetz führten Tausende von Fällen keiner Lösung zu. Für viele langjährig Geduldete wäre die angedrohte oder durchgeführte Abschiebung eine zweite Vertreibung. Insbesondere sei es widersinnig, Kinder, die in Deutschland aufgewachsen seien, in ein fremdes Herkunftsland auszuweisen: „Wozu brauchen wir eigentlich Integrationskurse, wie sie das Zuwanderungsgesetz vorsieht, wenn längst integrierte Flüchtlinge oder Ausländer und ihre Kinder ohne Rücksicht auf ihre Integrationsleistung weggeschickt werden?“, sagte Dr. Christian Schwarz-Schilling.

Als unvereinbar mit der Menschenwürde und darüber hinaus unvernünftig kritisierte Volker Roßocha, DGB Bundesvorstand, die Absicht des



“Wenn Said nach Togo abgeschoben wird, backen wir garantiert kleinere Brötchen.”

Hier geblieben!

Recht auf Bleiberecht.

Nähere Informationen unter www.proasyl.de oder direkt beim

Förderverein PRO ASYL · Postfach 16 06 24 · 60069 Frankfurt

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

DER EINZELFALL ZÄHLT.

Bundesinnenministeriums, Geduldeten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu sperren. Langjährig Geduldete müssten einen gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben: „Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, die Möglichkeit der eigenständigen Lebensführung und Unterhaltssicherung zu geben, ist human und verringert die Sozialhilfekosten.“

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL, erinnerte daran, dass die menschenrechtliche Situation in vielen Herkunftsändern, aus denen Langzeitgeduldete stammen, katastrophal sei. „Diese Realität muss endlich ebenso anerkannt werden wie die Tatsache, dass aus Flüchtlingen, denen man oft den ihnen zustehenden Status verweigert hat, Einwanderer geworden sind“, so Burkhardt.

Günter Burkhardt, Geschäftsführer (27.10.2004)

Hinweis: Die heute vorgestellte Schrift „Hier geblieben! Recht auf Bleiberecht.“ kann bestellt werden bei Pro Asyl, Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt am Main, per Fax (067/230650) oder per E-Mail an proasyl@proasyl.de oder von der Homepage von Pro Asyl: www.proasyl.de.

Die Kampagne wird außerdem unterstützt von: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Deutscher Caritasverband – Referat Migration und Integration, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonisches Werk der EKD, Neue Richtervereinigung, pax christi Deutschland, terre des hommes Deutschland und mehr als 30 weiteren Organisationen.



Linke Schule

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, in diesem Winter wieder mit zwei Kursangeboten. Der Kurs zu Geschichte findet erst wieder im Sommer 2005 statt.

Linke Schule, Winter 2005, Kurs Wirtschaft

Lohndifferenzierung heute. Wirkende Kräfte und emanzipative Strategien

Bereits in der Ausgabe Nr. 22 dieser Zeitschrift haben wir dargestellt, was uns im letzten Sommer zu dieser Themenwahl bewogen hat. Nun die damals versprochenen Angaben zur Literatur.

Der Kurs wird wie üblich in vier Zeitblöcke zu je 1,5 Stunden (vormittags: A+B, nachmittags: C+D) eingeteilt. Im Folgenden wird versucht, a) den Stoff diesen Blöcken zuzuordnen und b) dafür nützliche Literatur anzugeben. Aus der Zeitzuordnung ergibt sich, dass eine strenge Auswahl der zu erörternden

Texte sowie Einleitungsstatements erforderlich ist.

Für immer wieder sinnvolle Rückgriffe auf die herrschende Lehre wollen wir die Volkswirtschaftslehre von Stiglitz (Stiglitz, Volkswirtschaftslehre, Oldenbourg, 1999) benutzen.

I. Zum Problemkreis Preisbildung der Arbeitskraft und Erwartungen bzgl. Differenzierung der Arbeit im Entstehungszeitraum der Industrieproduktion.

Eine enge Auswahl wird getroffen. Zeitbedarf: Donnerstag C, D, Freitag; A

– Bernard Mandeville, Die Bienenfabel“, suhrkamp taschenbuch Wissenschaft 300,

– Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, dtv, 1978

– Karl Marx, Arbeitslohn MEW, Bd. 6

– Karl Marx, Lohn Preis Profit, MEW Bd. 16,

– Karl Marx, Das Kapital Band I, MEW Bd. 23)

– Karl Marx, Friedrich Engels, Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19

II. Die subjektivistische Preisbildungslehre und ihre Auffassung vom Arbeitslohn . Zeitbedarf: Freitag; B, ev.(C)

– Die Lehre vom subjektiven Wert, H. Gossens, Carl Menger, W. St. Jevons,

nach Hofmann, Sozialökonomische Studientexte, Bd 1, Duncker und Humblot, Berlin, 1965

III. Der tatsächlichen Differenzierung im Arbeitsgeschehen folgen Theorien zur Klassifizierung der Arbeitskräfte. Wissenschaftlerlohn, Freilandlohn, Unternehmerlohn. Zeitbedarf: Freitag; C, D

– Jean Baptiste Say, nach Hofmann, Sozialökonomische Studientexte, Bd 2, Duncker und Humblot, Berlin, 1965

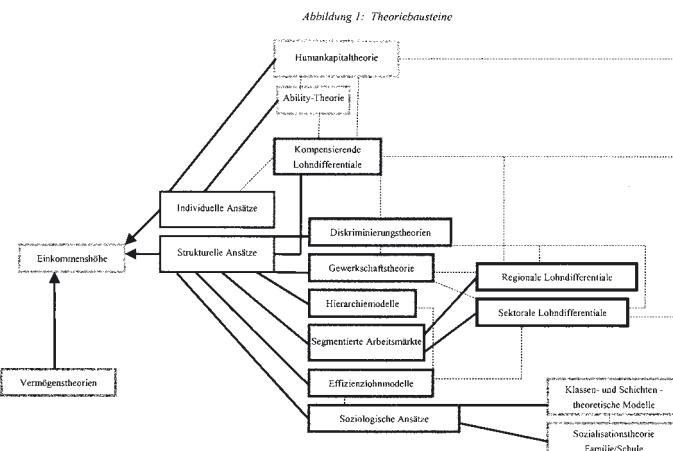
– Sivio Gesell, Bestimmung des Arbeitslohnes durch Arbeitsertrag auf „Freiland“, Silvio Gesell, Werk Bd. 11, Gauke Verlag, Lütjenburg 1991

– Schumpeter, Unternehmerlohn, Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Duncker und Humblot, Berlin, 1997

IV. Bestimmungsfaktoren hoher Arbeitseinkommen. Samstag A, B, C, D

– Hirschel, Dirk, Einkommensreichtum und seine Ursachen, Metropolis Verlag, Marburg, 2004

Aus diesem sündhaft teuren Buch (420 Seiten, Format A4, 40 Euro) werden



wird einen breiter Auszug diskutieren und dabei erörtern, wie heutige Arbeitskraft entsteht (Bourdieu), wie Lohneinkommen vom empirischen Minimum bis zum Maximum zu kalkulieren sind, was unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten (Rawls) begründbar ist und wie es durchgesetzt werden kann.

Es wird angestrebt, bei den Themen unter I, II, III Zeit zu sparen so dass für diesen Problemkreis mehr Zeit bleibt.

V. Ausblick auf die Sommerschule und Verständigung über Arbeitsvorhaben. Zeitbedarf: Sonntag, A

Kurs Philosophie/Soziologie zu Fragen von Bildung und Erziehung (II)

Wie bereits angekündigt (siehe ausführlich PB 22, S. 20ff.), setzen wir das im Sommer begonnene Thema Bildung und die Ergebnissen der bzw. Schlussfolgerungen aus der PISA-Studie unter mehreren Gesichtspunkten fort.

Zum einen wollen wir uns mit den verschiedenen schulischen und außerschulischen Bedingungen schulischen Ler-

nens befassen und den verschiedenen Einflüssen, die die Bildungsprozesse heute steuern, und damit, welche Auswirkungen auf und Anforderungen an das Lernen damit verbunden sind. These ist, dass die gegenwärtige Schule den geänderten Bedingungen nicht gerecht wird.

Zum anderen gehen wir Entwicklungen auf dem Gebiet des Wissens nach. Dabei prüfen wir die These, dass Wissen heute nicht mehr im gleichen Maße wie zu Humboldts Zeiten personal ist und dass sich Intelligenz nicht mehr im Leitenden, sondern zunehmend im System verkörpern.

Die Textauswahl ist noch nicht abgeschlossen. Bisher wurden in Erwägung gezogen: Auszüge aus der PISA-Studie und verschiedene Aufsätze, die sich mit den Ergebnissen und Schlussfolgerungen befassen; weiterhin Texte von Niklas Luhmann, Helmut Wilke. Weitere Vorschläge sind erwünscht.

Christiane Schneider

Wann?

Donnerstag, 6. Januar 2005, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 9. Januar, Ende im Laufe des Vormittags

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59

Die Übernachtung kostet pro Person und Tag im Doppelzimmer 17 Euro, im Einzelzimmer 22 Euro. Die Kosten für die Verpflegung belaufen sich auf 4 Euro für das Frühstück (5 Euro für erweitertes Frühstück), Anmeldung für Halbbzw. Vollpension vor Ort.

Anmeldung möglichst bald und verbindlich bei:

- Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Einladung zur Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung

Freitag, 7. Januar, 19.00 Uhr

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen

Vorschlag zur Tagesordnung

1. Stand des Parteibildungsprozesses nach verschiedenen Landtags- und Kommunalwahlen und vor den Bundestagswahlen 2006

2. Wahl eines/r Parteiratsdelegierten (Durch Beschluss des Parteitages hat die ArGe ab sofort einen Delegierten zum Parteirat. Die Mitgliederversammlung muss erörtern, ob und wie wir das Mandat wahrnehmen können, und eine/n Delegierten wählen.)

3./4. Dezember, Berlin: *10. Kongress Gesundheit und Armut.* Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“. Auf dem Kongress wird in folgenden Themenbereichen vertieft: – Kinder- und Jugendgesundheit – Gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser – Migration und Gesundheit – Altersarmut und Gesundheit – Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung – Abbau ungleicher Gesundheitschancen – Sucht und Armut – Patienteninteressen und Disease Management – AIDS und Armut – Behinderung und Armut – Armuts- und Gesundheitsberichterstattung – Gesundheitsziele gegen Armut – Neue Strukturen für Gesundheitsförderung -Internationale Debatten zu Armut und Gesundheit

4./5. Dezember, Kassel. *Friedenspolitischer Ratschlag 2004*

10. Dezember: Nürnberg. *Deutscher Menschenrechts-Filmpreis 2004.*

10. Dezember, Berlin. Tagung: *EU-Dienstleistungsrichtlinie – bestimmt der Markt die Zukunft der Gesellschaft?* Veranstalter und Veranstaltungsort: ver.di Bundesverwaltung.

11. Dezember, Berlin. Festveranstaltung zum 15. Jahrestag der Gründung der PDS

17. Dezember, Brüssel. *Entscheidung über den EU-Beitritt der Türkei.*

6. bis 9. Januar, Sondershausen/Thüringen. *Linke Winterschule 2004/2005.* Themen: Kurs Wirtschaft: Momente der Wert und Preisbildung bei der Ware Arbeitskraft. Kurs Philosophie: Bildung und Erziehung – Konsequenzen aus PISA, aber welche? (Nähere Beschreibungen beider Kurse siehe Pol. Berichte, 22/2004, Seite 17ff.).

14./15. Januar. Stuttgart. *Treffen der Gewerkschaftslinken:*

Gewerkschaftspolitik jenseits von Standort- und Wettbewerbsfähigkeit!

Einladung zum 6. bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am 14./15. Januar 2005 in Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Strasse 20

Liebe Kollegin, lieber Kollege, es ist in der Nachriegsgeschichte beispiellos, in welcher Art und Weise Beschäftigte von Konzernen oder Arbeitgeberverbänden erpresst werden. Daimler-Chrysler, Siemens, Opel, Karstadt, VW sind nur die schlagzeilenrechte Spitz des Eisbergs.

Öffentliche Einrichtungen oder die Tarifgemeinschaft der Länder folgen ihrem Beispiel. Arbeitgeberpräsident Hundt hat die Auffassung, dass die Arbeitskosten in Deutschland um 20 bis 30 Prozent gesenkt werden sollen. Die Gewerkschaften stehen diesen Angriffen mehr oder weniger hilflos gegenüber. Zwar gibt es Abwehrkämpfe einzelner Belegschaften, die zeigen, dass Mobilisierung möglich ist, aber jeder Betrieb muss dies einzeln tun. Die Tarifverträge kommen dabei immer mehr

unter die Räder. Der zentralen Aufgabe, die Abwehrkämpfe überbetrieblich zu organisieren sowie auf die gesellschaftliche Ebene zu heben, kommen die Gewerkschaften nicht nach. Ein dramatischer Verlust an politischem Einfluss ist die zwangsläufige Folge, ebenso wie die Bindung der Mitglieder an ihre Organisation zurückgeht. Weder sind Versuche aus der Defensive heraus zu kommen noch Ansätze zur Internationalisierung der Abwehrkämpfe sichtbar.

Wenn diese Politik nicht geändert wird, besteht die große Gefahr, dass die schlechende Erosion der Gewerkschaften nicht nur weiter geht, sondern sich beschleunigt.

Wir wollen uns auf unserem Jahreskongress ganz bewusst theoretisch und anhand praktischer Erfahrungen (Daimler, Opel, Siemens, öffentlicher Dienst) mit der Kapitaloffensive auseinandersetzen und Positionen, Ziele und Forderungen für eine andere Gewerkschaftspolitik entwickeln.

Diese Fragen haben einen wichtigen Stellenwert für jede(n) Gewerkschafter(in) und wir freuen uns über eine zahlreiche Beteiligung am Kongress.

Der Arbeitsausschuss

Programm:

Freitag, 14.1.05, ab 18 Uhr

Gründe für den Niedergang der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft. Referent: Dr. Heiner Könen, TIE – Transnational Information Exchange, Frankfurt /M.

Samstag, 15.1.05, 9.30 – 17 Uhr

Podiumsdiskussion über „Erfahrungen und Ergebnisse betrieblicher Kämpfe“: Bernd Kamin, (Hafen Hamburg) – Tom Adler (Daimler-Chrysler) – Wolfgang Schaumberg (Opel Bochum) Alle angefragt! Moderation : Mag Wompel, Labournet.

„Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle“. Referent: Werner Sauerborn, ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg

Arbeitsgruppen: Tarifrunde öffentlicher Dienst, Einführung: Vertreter der ver.di-Linken • Was ist Standortsicherung wert? Einführung: Kirsten Huckenbeck, express • Neue Arbeitskampfformen, Einführung: Mag Wompel, Labournet • Plenum: Kurzberichte der Arbeitsgruppen • „Neue Kämpfe – neue Vernetzung“, Referent: Jakob Schäfer, Wiesbaden

Bitte rechtzeitig anmelden! Per e-mail: ewald.wehner@t-online.de